

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. ...

Die abgesetzten Kontrahenten oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Sturz der Mittelmächte

II.

Endlich schien dem Staatssekretär Kühlmann die Möglichkeit gegeben, mit England in Fühlung zu kommen, als sich in Holland Delegierte der beiden Länder trafen, um ein Sanitätsabkommen über den Austausch verwundeter zu treffen. Sorgfältig wählte er als deutsche Vertreter Persönlichkeiten aus, die im Frieden in England wohlgekommen gewesen waren, und jenseits des Kanals verstand man den Wind und sandte Leute, die auch bei Deutschland als maßgebende Persönlichkeiten gelten konnten.

Als der Staatssekretär im Juni 1918 seine bekannte Reichstagsrede hielt, in der er erklärte, er glaube nicht, daß der Krieg nur mit Gewalt ohne Verhandlungen beendet werden könne, hatte er soeben den Bericht von einer Rede des Buren Generals S m u t s erhalten. Ihm wollte Kühlmann nach Glasgow antworten und seinem Wunsch nach einer Anbahnung ohne Mißtrauen erwidern, während er von ganz anderen Dingen zu sprechen schien. Er glaubte sich im Besitze einer allerdings unklaren und verlausulierten Ermächtigung, Belgien herauszugeben und endlich zu dürfen, und er dachte diese Karte auszuspielen, wenn der Moment sich als geeignet erweisen würde.

Man erinnert sich wohl des Staunens, als er vierundzwanzig Stunden nach seiner Rede mit einer Auslegung herausrückte, die eine zukünftige Verbeugung vor den Kadomontaden des Grafen Westarp war. Kowal erklärt dies aus jener Gleichgültigkeit Kühlmanns gegen alle „zwangsläufigen Provisorien“, aber jetzt zeigte sich die Unmöglichkeit einer Politik, die in großen Dingen mit kleinen Täuschungen arbeiten wollte.

Über seine Rede stürzten die längst argwöhnischen Alldeutschen den Staatssekretär, und mit seinem Sturz verschwand die Herausgabe Belgiens. Wieder triumphierte der Säbel General Ludendorffs und der „Glaube an den Sieg“, der sich um keine Realitäten kümmerte.

Denn während in Deutschland der Hunger und der Kadavergehorsam das Volk zermürbten und die zunehmende Verelendung sich in die ersten politischen Streiks umsetzten, gab es in Oesterreich-Ungarn schon Militärrevolten. In Ungarn, in Steiermark, in Böhmen, in der Herzegowina kam es zu förmlichen Schlachten zwischen revolutionären und kaiserstreuen Truppen; auf der Flotte richteten zwei Linienfahrzeuge die Kanonen aufeinander. Und in der inneren Politik zeigte der parlamentslose Ausnahmezustand seine Unhaltbarkeit, als der Schuß Friedrich Adlers den Ministerpräsidenten Graf Stürgk niederstreckte.

Aber nachdem nunmehr seit dreijähriger Pause der Reichsrat einberufen war, zeigte sich erst recht das kommende Ende der Monarchie. Das Nationalitätenproblem, das Jahrzehnte durch die Diktatur der Deutschen und Ungarn verdeckt worden war, mußte in einer alles umwandelnden Zeit zur Lösung drängen. Immer energischer wurden die Forderungen vornehmlich der Polen, der Tschechen und Südslawen, und die unvollkommenen, immer zu spät kommenden Annehmlichkeiten und Zugeständnisse der Regierung zeigten nur ihre Schwäche und Ratlosigkeit.

Mit den Tschechen war überhaupt nicht mehr an eine Regelung zu denken, nachdem sie von Wilson und der Entente als kriegsführender Staat anerkannt waren. Leichter wäre eine Regelung der südslawischen Freudenta möglich gewesen, obgleich sie selbstverständlich immer nach den Wünschen im serbischen Königreich blickten. Aber vielleicht wäre in einem rechtzeitigen Augenblick noch ein autonomes Land Kroatien eine Lösung gewesen. Spät entschloß sich die österreichische Regierung dazu, doch an der Hartnäckigkeit der ungarischen Magnaten scheiterten alle Versuche. Diese sahen die ganze Welt nur im Lichte der magyarischen Farben und schworen noch unentwegt auf die „Integrität“ ihres Landes, als Kroaten und Ruthenen schon in offenem Aufruhr standen.

Noch einmal sollte eine Offensive gegen Italien den Sieg bringen, aber während die Armee noch für ein angeblich gemeinsames Ziel in Bewegung gesetzt wurde, war der geistige Zusammenhang der Monarchie längst geschwunden. Die Italiener sahen nach Rom, die Polen nach Warschau, die Ruthenen nach der Ukraine, und schließlich begannen sich auch die Deutschen zu regen, die ihre Vormacht schwinden sahen. Friedenswünsche wurden von der deutschen Obersten Heeresleitung brutal beiseite geschoben. Ludendorff wollte seinen großen Schlag im Westen haben.

Gerne vergaß darum auch die deutsche Regierung die Angelegenheit der Sitzusbrieife, die Kaiser Karl durch seinen Schwager an den Präsidenten der französischen Republik gerichtet hatte. Diese dunkle Angelegenheit wird durch die Darstellung Kowals so ziemlich reiflos geklärt. Wichtiger noch als in ihrer unmittelbaren Bedeutung ist sie durch das Schlaglicht, das durch sie auf die österreichische Regierung geworfen wird. Nur mit Staunen kann man sich vergegenwärtigen, daß es noch vor drei Jahren in Europa eine Politik der Unterdrückung gab, die weittragende politische Aktionen ohne jede Verantwortung unternahm.

Verständigungsaktion in Oberschlesien

Bildung deutsch-polnischer Ausschüsse

Kattowik, 17. August.

Auf Anregung der neu geschaffenen Vertretung der polnisch gesinnten Bevölkerung Oberschlesiens, des Obersten polnischen Volksoberates, hatte am 12. August eine Vorbesprechung zwischen Deutschen und Polen in kleineren Kreisen stattgefunden, in der beschlossen worden war, eine gemeinsame Versammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens einzuberufen. Diese Versammlung hat am 16. August in Kattowik stattgefunden. Alle deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien waren durch ihre berufenen Führer vertreten. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien Dr. Putzsch leitete die Versammlung, deren Zweck die Besprechung von Maßnahmen war, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen.

Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die betretenen Vertreter beider Nationalitäten getrennte Aufrufe an die obereschlesische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und in den polnischen Zeitungen des Landes erscheinen werden. Die Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Überbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der obereschlesischen Frage sowie gegen Gewalttätigkeiten und Bedrohungen Andererseits erklären und die Bildung paritätischer, aus Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzter Ausschüsse ankündigen, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen. Es wurde ferner vereinbart, daß alle Ausschreitungen, die von irgendeiner Seite vorkommen, nachgeprüft werden sollen.

Die Entente gegen Baranya

Paris, 17. August.

Der Botschafterrat nahm heute von dem Telegramm Kenntnis, das er über die Lage in Baranya erhalten hat. Er beschloß, sofort in Belgrad die nötigen Schritte zu tun, um die jugoslawische Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die ungarischen Gebiete gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Trianon unerschütterlich zu räumen.

Diese Nachricht bestätigt den gestern von uns ausgesprochenen Optimismus über eine Unterstützung der Fünfkirchner Revolutionäre durch die Entente. Die Entente dringt auf Innehaltung der Verträge und Jugoslawien wird sich fügen müssen. So sind das sozialistische Proletariat und das

radikale Bürgertum im Gebiet Baranya fast schuflos den Horthybanden preisgegeben, denn es ist offenbar, daß selbst ein noch so heldenmütiger Widerstand in Kürze der Uebermacht erliegen muß. Es ist noch nichts darüber bekannt, ob die Entente wenigstens formell bei der ungarischen Regierung vorstellig werden wird, um die Fünfkirchner Bevölkerung vor dem Terror der Horthybanden zu schützen. Praktisch hätte auch ein solcher Schritt nicht viel zu bedeuten, da Horthys Offiziere keinerlei außenpolitische Komplikationen scheuen, um ihre Rache zu sühnen. So bleibt der Bevölkerung von Baranya nichts übrig, als kampflos zu kapitulieren oder in einem aussichtslosen Kampf furchtbare Blutopfer zu bringen. Ein wahrhaft tragisches Schicksal für das kleine Land, das bis jetzt vom Horthykurus verschont blieb.

Die ungarischen amtlichen Pressestellen bemühen sich kampflos, durch eine Flut von Verleumdungen die öffentliche Meinung des Auslandes über den wahren Charakter der Fünfkirchner Bewegung irrezuführen. Insbesondere werden von ihnen folgende drei Behauptungen aufgestellt: Erstens, es handele sich um eine kommunistische Bewegung; zweitens, eine kleine Minderheit terrorisiere in Fünfkirchen die übrige Bevölkerung; drittens, die Bewegung sei von Jugoslawien bezahlt.

Obwohl schon aus diesen unsinnigen und sich gegenseitig widersprechenden Behauptungen ihre Unwahrheit klar hervorgeht, sei doch ausdrücklich folgendes festgestellt:

1. Die Fünfkirchner Kommunisten sind nicht nur unbeteiligt an den letzten Vorgängen, sondern stehen sogar in einer gewissen Kampfstellung zu Bela Linder, den sie als Verräter bezeichnen. Auf letzteren wurde sogar vor einiger Zeit von einigen, der kommunistischen Partei nahestehenden Individuen ein Attentatsversuch gemacht. Das jetzige Exekutivkomitee setzt sich aus sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Elementen zusammen.

2. Wie wenig von einer Minderheitsdiktatur in Fünfkirchen die Rede sein kann, beweist die Tatsache, daß das Stadtparlament, das die Verwaltung ausübt, aus allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist und bei 80 Prozent Wahlbeteiligung eine Dreierlei-Mehrheit für das sozialistisch-demokratische Regime aufweist.

3. Bei dem Kampf der Fünfkirchner Arbeiterschaft gegen Horthy handelt es sich nicht um eine irgendwie nationalistisch gefärbte Angelegenheit, sondern um einen unverfälschten proletarischen Klassenkampf. Die bisherige wohlwollende Haltung des jugoslawischen Militärs ändert an dieser Tatsache nichts, wie ja auch in Zukunft kaum etwas von der jugoslawischen Regierung zu erwarten ist.

Gegenüber dem verlogenen Geheul der horthyfreundlichen Blätter muß auf diese grundlegenden Tatsachen mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden.

konnte. Sicher war es ganz vernünftig, daß Oesterreich nicht für den zweifelhaften Anspruch Deutschland auf Elsaß-Lothringen seine Existenz aufs Spiel setzen wollte. Aber wozu ein Geflügel von Weibern und Pfaffen! Karlsen, von einer geradezu kindischen Harmlosigkeit, betrügt seinen eigenen Minister, gibt, als sein Latein zu Ende ist, ein erlogenenes Ehrenwort, — und die Sache ist erledigt! Czernin, der wenigstens ungefähr wußte, was er wollte, mußte gehen, und die Völker mußten weiter hungern und bluten.

In welcher Weise in Oesterreich regiert wurde (und in Deutschland war es nicht anders!), beweist dieser Brief Czernins an die Kaiserin Zita:

Allergnädigste Herrin! Se. K. u. K. Apostolische Majestät haben beschlohen, daß ich Eurer Majestät täglich einen Bericht über die auswärtige Lage vorlegen darf, einen Bericht, dem ich von morgen an nachkommen werde“ usw.

Immer klarer treten die inneren Gebrechen der Mittelmächte ans Tageslicht, und nunmehr begann auch die militärische Front zu wanken. Die italienische Offensive mißlang. Ihre Vorbereitungen waren unzureichend, die Operationspläne verraten, die Führung unsicher und zersplittert. Tapferkeit und Ausdauer vermochten nichts mehr, da das Hinterland in Wahrheit nur noch die Ruine eines Staates war.

Die deutsche Heeresleitung achtete nicht darauf. Ludendorff sah nur nach dem Westen, wo um dieselbe Zeit der große Angriff die Entscheidung bringen sollte. Er sah auch nicht die psychologische Schwächung der eigenen Armee, sah oder wollte nicht sehen die Erschütterungen, die die mangelhafte Ernährung verursachen mußte; sah nicht oder wollte nicht sehen, daß die Anechtung alles Menschleins nicht von Dauer sein konnte; sah nicht oder wollte nicht sehen das Schmarotzertum in den Etappen, während die Massen bei Kohlrüben verwesten; er sah auch nicht das Verjagen des U-Bootkrieges, nicht die Materialschlachten, die die amerikanischen Industrien schlugen. Er sah nur sich selbst und den Lorbeerkranz, der über Paris schwebte. Sein

Talent war lediglich organikatorisch, rechnerisch. Für tiefere Zusammenhänge, für die tragenden Probleme, für die großen Fragen und die kleinen Menschen hatte er kein Gefühl. Er starrte nur geradeaus, hatte Zahlen und Linien im Kopf, und er brach zusammen, als seine Berechnungen versagten. Es könnte eine Tragödie sein, wenn seine Sucht nach Größerem als ihm zukommt, seine unbeherrschbare Selbstüberhebung, sein unpassendes Vordrängen nicht wären.

Baron Conrad von Höhendorff und General Hoffmann hielten es überhaupt für falsch, im Westen die Entscheidung zu suchen. Sie sahen den richtigen Weg an der italienischen Front, um über Genua nach Frankreich vorstößen zu können. Da nun einmal Ludendorff im Westen angriff, hätte er seine Kräfte auf einen einzigen Punkt konzentrieren müssen. Er wählte nach einigem Schwanken eine andere Taktik, die mit Teilschritten den Gegner in mehreren Zügen mattzusetzen suchte. Schon der erste Vorstoß kam nicht an sein Ziel: Amiens; der zweite stockte bald, und der dritte stieß bei Reims in die Luft. Foch schien verwundeten, bis die ungedeckten Angreifer plötzlich auf Widerstand stießen. Massen von Tanks fuhren auf, Berge von Munition standen bereit, auf unzähligen Kraftwagen rollten die Reserven heran. Ehe es Ludendorff richtig erkannte, war er in die Verteidigung gedrängt. Am 18. Juli war die Offensive zu Ende, zum zweiten Male mußte die Marne aufgegeben werden, und am 8. August wurde der Rückzug zur offenen Niederlage.

Ludendorff sah es nicht. Noch am 13. August erklärte er dem Staatssekretär von Hingst, dem Nachfolger Kühlmanns, er sei sicher, in „strategischer Defensive“ den Feind zum Frieden zwingen zu können. Als Kaiser Karl in diesen Tagen ins Große Hauptquartier kam, um erneut auf ein Friedensangebot zu drängen, wurde er abgewiesen. Man sprach über Polen, das immer noch jeder für sich haben wollte, und Ludendorff drohte dem österreichischen Generalstabsoberbefehlshaber im Falle eines Konfliktes offen mit Krieg! Am 14. August 1918!

Allmählich wurde Hingst doch bedenklich, und obgleich noch am 8. September Ludendorff ihm voll Zuversicht

antwortete, begann er, beunruhigt durch einen Aufenthalt in Wien, an Verhandlungen zu denken. Aber er ließ sich Zeit, dachte ebenso töricht wie Kühmann, solange alles gutginge, nur langsam auf heimlichen Umwegen zu einer Fühlungnahme zu kommen. Doch jetzt ließ sich Österreich-Ungarn nicht länger verträuen; am 15. September veröffentlichte Baron Burian ein Friedensangebot, indem er auf geheime Vorbereitungen mit Wilson vertraute.

Zu spät! Am selben Tage erlitten die Bulgaren eine fühlbare Niederlage. Hier war die Lage noch schlimmer, als in Deutschland und Österreich. Seit 1912 ununterbrochener Krieg, von den fünf Millionen Einwohnern des Landes fünfviertel Millionen unter den Fahnen, und dazu der wüthende Hunger! Die Ernte konnte nicht bestellt werden, Schutzzeug und Kleidung mangelten, die Erziehung war vollkommen. Man sah die feindliche Offensive kommen; mußte auf den Tag den Angriff, rief nach Deutschland um Unterstützung. Ludendorff gab sie nicht, konnte sie wohl nicht mehr geben, und im Grunde hielt er die bulgarische Front auch für belanglos. Sein Irrtum brachte die Entscheidung des Krieges. Bereits am ersten Tage erfolgte der Durchbruch, in zwei Wochen standen die Gegner vor Sofia, und am 29. September mußte man den bedingungslosen Waffenstillstand unterzeichnen.

Jetzt begehrte auch die bulgarische Volk auf! Schon am 26. September proklamierten die Revolutionäre die Republik, aber in einer dreitägigen Schlacht vor der Hauptstadt unterlagen sie gegen die königstreuen Truppen. Trotzdem dankte Zar Ferdinand zugunsten seines Sohnes ab, angeblich, weil er den Verbündeten nicht die Treue brechen wollte.

An der Grenze der Donaumonarchie stand nun der Feind, während im Innern die verschiedenen Völker um den Ausbau ihrer Staaten stritten, und auch in Deutschland wurde die Krise akut. Zwar von einer Revolution war noch nicht das Geringste zu spüren, noch kämpften geduldig und tapfer die Soldaten, doch die Strategie der D. S. L. war am Ende. Am 29. September forderten Hindenburg und Ludendorff den sofortigen Waffenstillstand, und die Regierung sah ein, daß das alte autokratische Deutschland ihn nur zu den ungünstigsten Bedingungen erlangen könnte. Aber die Generale wollten nicht einmal warten, bis der neue Mann der „Parlamentarisation“ gefunden war. Am 1. Oktober, 1 Uhr 20 Minuten, drachte Hindenburg an den Bismarcker von Bayern:

„Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufbruch bis morgen einverstanden.“

Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nicht für geboten.“

Prinz Max von Baden gab die Waffenstillstandsbitte erst nach langem Sträuben aus, da er den Augenblick für den allerungünstigsten hielt. Erst das ununterbrochene Drängen der Generale zeigte ihm die Unhaltbarkeit der militärischen Situation. Mit halbem Zugeständnissen und kläglichen Reformen wünschte er ein demokratisches Deutschland (mit Wilhelm und Ludendorff!) vor die Augen der Welt zu gaudern.

Am 30. September schrieb Ludendorff nach sofortigem Frieden, am 8. Oktober sprach er unklar und ohne Bestimmtheit, am 18. erklärte er plötzlich, nie in einer Notlage gewesen zu sein und den Krieg noch monatelang führen zu können. Er forderte den Abbruch der Verhandlungen und begann gegen die neue Regierung zu wühlen, wie er gegen Bethmann und Kühmann gewühlt hatte. Da endlich mußte auch er gehen, der der Urheber des ganzen Unheils war und sich nun beeilte, die Schuld von sich abzuwälzen.

Durch den ganzen Oktober und die erste Novemberwoche gingen die Depeschen hinüber und herüber, wurden Verfassungsreformen beschloffen, ohne das Volk und Heer sich rührten. Während in Österreich-Ungarn Nationalräte gebildet wurden, und in revolutionären Zuständen der alte Staat sich völlig auflöste, war Deutschland noch ruhig; noch lag der „Dolch der Heimat“ tief im Schrank der unverwerteten Geschichtsbücher.

Am 26. Oktober schrieb Karl an Wilhelm, daß „sein“ Volk weder imstande noch willens sei, weiter zu kämpfen; einen Tag später erschien die Sondernote des Grafen Andrássy an die Mächte, die das Kriegsbandnis löste. Im Westen unaufhaltbarer Vorstoß, im Süden Bedrohung, der Zusammenbruch Deutschlands war am 26. Oktober fertig. Aber länger als eine Woche dauerte es noch, bis das Volk sein Schicksal erkannte und es mit jähem Griff selbst in die Hand nahm.

Zur Hälfte ist es ihm längst wieder entglitten. Hüten wir wenigstens den Rest! Vergessen wir nichts! Verbrecherischer Eroberungsdrang und blinde Großmannschaft führten uns über tausend Schlachtfelder nach Versailles. Kämpfen wir gegen die Lüge und die Vergeßlichkeit, die für die Gegenwart und die Zukunft des deutschen Volkes nicht minder verhängnisvoll sind als in der blutgetränkten Vergangenheit. Kämpfen wir gegen die Massen-schlächter und die Eroberungslustigen, gegen die Polster der Bajonette und der Geldschränke, gegen die wirtschaftliche und politische Ausbeutung der Völker!

Bayerns Abfuhr

Das Verlangen der bayerischen Regierung, für Bayern besondere Bestimmungen über die Getreidewirtschaft zuzulassen, die den Zweck haben, Bayern gegen das übrige Reich von der Getreideausfuhr abzuschließen, ist von der Reichsregierung abgelehnt worden. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß wenn das bayerische Verlangen erfüllt würde, Deutschland aufhören würde, ein einheitliches Wirtschafts- und Ernährungsgebiet zu bilden. Das würde wiederum jene gefährlichen Zustände hervorrufen, die während des Krieges so große Erbitterung geschaff haben, daß jeder Kreis bemüht war, keine Lebensmittel aus seinem Bezirk herauszulassen.

Bemerkenswert ist im übrigen auch noch die von der „Börslichen Zeitung“ mitgeteilte Tatsache, daß das Reichsernährungsministerium mit Zustimmung der Reichsregierung Bayern bis zum 1. Oktober das Recht gegeben hat, die bayerische Grenze für die Ausfuhr von Mehl zu schließen, obwohl heute bereits dieses Zustandnis höchst nachteilige Folgen zeigt. Es ist ganz natürlich, daß die bayerische Regierung glaubt, daß, wenn der Grundsatz der Wirtschaftseinheit Deutschlands bei Mehl durchbrochen wird, er ebenso beim Brotgetreide durchbrochen werden darf. Letzten Endes tragen also an der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit Bayern die Reichsbehörden ein hohes Maß von Schuld.

An dieser ganzen Angelegenheit ist eigentlich überhaupt nur bemerkenswert die Unversöhnlichkeit, mit der die bayerische Regierung gegen die Reichsregierung auftritt. Die Telegramme,

in denen sie ihr Verlangen an die Reichsregierung stellte, sind gleichzeitig in der bayerischen Presse veröffentlicht worden. Das ist kein Verfahren, das allen Gesplogkeiten im Verkehr zwischen Regierungen widerspricht und schon darauf hindeutet, daß die bayerische Regierung sich nicht als ein Teil des Reiches, sondern als eine selbständige Macht fühlt. Wie wäre auch etwas anderes zu erwarten, nachdem in allen anderen politischen Fragen Bayern immer seinen Willen durchgesetzt hat und die Reichsregierung sich mehr als der gehorsame Diener Bayerns denn als eine für das Ganze verantwortliche Körperschaft gefühlt hat?

Reichsregierung und Goldwerte

Nachdem die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte durch einen Vertrauensbruch in die volksparteiliche und deutschnationale Presse gelangt ist und der Bloß der Steuerhinterziehung ihr nur entnimmt, was ihm in den Kram paßt, ist die Reichsregierung verpflichtet, die Denkschrift in ihrem vollen Umfang zur Veröffentlichung freizugeben. Das erscheint um so notwendiger, als eine offiziöse Notiz versichert, daß die Heranziehung der Sachwerte gegenwärtig noch der Beratung innerhalb des Kabinetts unterliege. Soll diese Mitteilung mehr sein als ein Versuch der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, so ist es dringend notwendig, daß ein entsprechender Vorschlag so bald fertiggestellt wird, daß er zugleich mit den übrigen Steuerentwürfen in Beratung genommen werden kann. Denn da selbst von den Befürwortern der bisher vorgelegten Steuergesetze nicht behauptet wird, daß sie zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ausreichen, noch das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches herstellen, so hängt eine fruchtbringende Beratung des Finanzprogramms der Regierung in erster Linie von dem Vorschlag auf Erfassung der Sachwerte ab. Ohne diese Vorlage sind unseres Erachtens Beratungen zwecklos.

Der preussische Kultusminister als Schrittmacher der Reaktion

Der Kultusminister Beder hat ein Gesuch der Stadt Harburg auf Einführung einer Gemeinschaftsschule nach Hamburger Muster abgelehnt. Außer durch pädagogische und schulpädagogische Gründe, die nicht weiter angegeben sind, wird das Verbot damit begründet, daß Gemeinschaftsschulen nicht in den Rahmen der Volksschulen fallen und daher die Landesschulstellen nicht verpflichtet wären, die Lehrer für solche Schulen zu besolden. Damit wird die Gemeinschaftsschule, die in diesem Falle wirklich nicht nur eine Schule für das Volk, sondern auch eine Schule, die das Volk wollte, wäre, zur Privatschule gestempelt. Mit der Entscheidung der Geldmittel sucht man also im Kultusministerium eine Kulturbewegung auszuhungern.

Neues von Koske

Der Anwalt der Deutschnationalen

Gustav Koske's läßt es auf seinen Vorbeeren nicht ruhen. Er schreiet auf den einmal eingeschlagenen Weg, der ihn zu seiner so fragwürdigen Berühmtheit geführt hat, mutig fort. Er beweist, daß man nicht unbedingt Reichswehrminister sein muß, um der Reaktion gegen die Demokratie und den Sozialismus Weisung zu leisten. Wie dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben wird, wurden im Kreistage von Witten in Hannover bei der Landratswahl der kommunalistische Landrat, Regierungsdirektor von Windheim mit 9 Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gewählt. 10 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Beamten entfielen auf den demokratischen Amtsgewaltigen Dr. Biedmann in Witten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der krankheitshalber an der Sitzung des Kreistages nicht teilnehmen konnte, hat nachträglich schriftlich erklärt, daß er auch Herrn Dr. Biedmann gewählt haben würde. Demokraten sitzen im Kreistage in Witten nicht. Die anderen Parteien haben den Demokraten Dr. Biedmann gewählt, weil er sich in seiner langjährigen Tätigkeit in Witten die allgemeine Achtung der Bevölkerung, namentlich aber der kleineren Leute, erworben hat.

Die Wahl ergab also eine völlig zweifelsfreie Mehrheit für den demokratischen Amtsgewaltigen. Aber die Reaktionskräfte gaben damit ihr Spiel nicht auf. Sie wählten gegen den Gewählten und setzten sich weiter für ihren Kandidaten, Herrn von Windheim, ein. Sie hatten sich dabei der besonderen Unterstützung des Oberpräsidenten Koske zu erfreuen, der für die Bestätigung des unterlegenen Kandidaten der Rechten, des Herrn von Windheim, eintrat. Selbstverständlich (das „Berliner Tageblatt“ sagt „leider“) ist der preussische Minister des Innern Dominicus den Ratschlägen Koskes gefolgt und hat Herrn von Windheim befristet.

Gustav Koskes Handlungen bieten für uns keine Ueberraschungen. Von diesem Mann ist alles zu erwarten. Aber man muß immer wieder die Frage erheben, wie ist es möglich, daß die Rechtssozialisten diesen Mann weiter in ihren Reihen behalten? Die Weitherzigkeit in der rechtssozialistischen Partei gegen die Leute vom Schlage Koskes läßt eben dahin, daß Programme und Grundzüge (die Demokratisierung der Verwaltung ist doch eine der Hauptforderungen der Rechtssozialisten) nur noch als schönes Angebinde betrachtet werden.

Gewerbegerichtswahl!

Morgen, Freitag, den 19. August, von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, findet die Wahl der Arbeitgebervertreter zum Gewerbegericht statt. Zu dieser Wahl haben die sozialistischen Parteien gemeinsam mit den wirtschaftlichen Organisationen eine „Liste der freien Arbeitgeber“ aufgestellt. Deshalb wählen alle sozial denkenden Arbeitgeber nur die

„Liste der freien Arbeitgeber“.

Die Arbeitgeber weisen ihre Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung der Polizei- oder Gemeindebehörde darüber nach, daß sie ein Gewerbe betreiben und mindestens einen Arbeiter regelmäßig das ganze Jahr oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Dieser Nachweis kann auch durch Vorlegung der Bescheinigung über die Anmeldung des Betriebes zur Gewerbesteuer und der letzten Quittungen der Krankenkasse geführt werden.

Eine bezeichnende Antwort

Auf den Artikel Martows in unserer Dienstag-Abendausgabe „Eine Verherrlichung des Nationalismus“ antwortet der „Vorwärts“ unter der Überschrift „Sonderbare Eimischung“ mit folgendem persönlichen Angriff auf Martow:

„In der „Freiheit“ ergreift der russische Menschewistenführer Martow ausgerechnet in der Frage der Bewilligung der Kriegskredite für die deutschen Unabhängigen und gegen die „Vorwärts“ Partei. Da wir nicht über so viel freie Zeit wie Martow verfügen, werden wir auf diese Taktlosigkeit nicht weiter reagieren. Mag sein, daß sich Martow berufen fühlt, sich als Schiedsrichter über die internationale Arbeiterbewegung aufzuspielen, wir erkennen ihm dieses Recht um so weniger an, als wir wissen, welchen Schuldbanteil er als Führer der Linksmenschewisten durch sein Theoretisieren gegen rechts und sein Laobieren nach links am tragischen Schicksal des russischen Proletariats persönlich trägt. Was in diesen Zeiten reaktionärer Gefahren der deutschen Arbeiterbewegung nützt, das ist die Zusammenfassung aller Kräfte, die willens sind, positive Arbeit zu leisten. Die deutschen Arbeiter wissen aber, wohin die theoretischen Haarspaltereien der Führer beim Zigarettenrauchen und Teetrinken das russische Proletariat geführt haben und sie verzichten daher auf dessen Ratschläge, Lehren und Schiedsrichterliche.“

Eine bessere Bestätigung der Anklage Martows gegen die Rechtssozialisten, als sie in diesem persönlichen Angriff gegen ihn zu finden ist, kann man sich wohl kaum vorstellen. Welt Martow die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt, darf er nicht mitreden! Wir gratulieren der „Deutschen Tageszeitung“ zu ihrem neuen Bundesgenossen und verzichten darauf, die Polemik mit dem „Vorwärts“ auf einem solchen Niveau fortzuführen. Dieser Verzicht fällt uns um so leichter, als wir überzeugt sind, daß der Verzicht, Martow diesen durch jahrzehntelange Arbeit verdienten Vorkämpfer des russischen Proletariats als einen nur Zigarettenrauchenden und Tee trinkenden Salonsozialisten hinzustellen, nicht nur bei uns die gebührende Verachtung erfahren wird.

Versailles und die Alldeutschen

In Nr. 216 der „Freiheit“ knüpfen wir unter diesem Titel einige Ausführungen an die Besprechung der ausgezeichneten kleinen Schrift des Dozenten an der Humboldt-Universität Dr. Oskar Stille „Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel deutscher Kriegsgeschehnisse“. Der von Dr. Stille dokumentarisch erbrachte Beweis, daß ein siegreiches Ludendorff-Deutschland den „Feinde“ einen Frieden auferlegt hätte, der an Schändlichkeit den Versailler Frieden um vieles übertroffen hätte, hat in dem ganzen nationalistischen Lager, bis hinein in die Reihen der Großindustrie und der ihr geistig nahestehenden Kreise Wutanfälle hervorgerufen. So müht sich u. a. auch die „Berliner Wochenschrift“ in Nr. 362 unter dem Titel „Ein Verräter“ krampfhaft ab, zu beweisen, daß diese Pläne nimmermehr verwirklicht werden sollten. Sie schreibt u. a.: „Auch der verwegenste Alldeutsche wäre nicht auf die Idee verfallen...“ von den Engländern die Ablieferung ihrer Flotte zu verlangen.“ Das ist eine glatte Lüge; denn Graf Roon (siehe S. 27 der Wochenschrift) fordert in Punkt 7 seines Programms: „England liefert seine gesamte Kriegsflotte an Deutschland ab.“ Daß die Geistesherben der Alldeutschen nur mit Lügen und Wutanfällen reagieren können, ist eine weitere Erhärtung der Wahrheit der Stille'schen Feststellungen.

Das kommunistische Geistesgeschwert

Wenn das alte Wort „Was eine Kritik nicht ertragen kann, ist unter aller Kritik“ richtig ist — und es ist richtig —, dann liefern die Kommunisten selbst den bündigsten Beweis für die Heiligkeit ihrer „Heillehre“. Denn sie pflegen die kritischen Betrachtungen über den Bolschewismus und über Sowjetrußland durch wüthes Loben und mit Stuhlweiden unmöglich zu machen. Wenn auf solche Weise die Kritik unterbunden wird, dann ist sie wenigstens scheinbar die kommunistischen Kabaumacher zu urteilen, hinfällig und gegenstandslos.

Einen Beitrag zu diesem Kapitel über das Geistesgeschwert der Kommunisten liefert eine Vortragstour unseres Genossen Friedrich Ring im Rheinland. Ring, der acht Monate in Rußland war und sich dort gründlich umgesehen hat, kam in den Referaten, die er in Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Solingen, Remscheid usw. hielt, zu einer entschiedenen Ablehnung des Bolschewismus und der bolschewistischen Methoden. Da es den Kommunisten unmöglich war, die kritischen Betrachtungen des Genossen Ring zu widerlegen — wo es der eine oder andere Disfunktionsredner auf Grund seiner Gutgläubigkeit und keineswegs auf Grund tatsächlicher Kenntnisse versuchte, mißlangen die Versuche kläglich —, so versetzten sie auf das erprobte kommunistische Mittel der Veramalgamierung. In Duisburg wollten sie durch Schlußkurse ein vorzeitiges Abbrechen des Referats erzwingen und machten durch Radau eine Weiterführung der Veramalgamierung unmöglich. In Düsseldorf wurde durch die gleichen Mittel das Schlußwort unseres Genossen vereitelt, in Solingen belegten die Kommunisten den Referenten mit allen erdenklichen Schimpfwörtern und drangen schließlich, da seine sachlichen und ruhigen Ausführungen nicht ohne Eindruck blieben, mit Stuhlweiden auf das Rednerpodium ein. So offenbart sich die kommunistische Wesensart in Rede und Kultur.

Die französischen Arbeiter gegen den Lohnabbau

Paris, 17. August.

Wie die Blätter melden, ist der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes zu einer Beratung zusammengetreten über die Maßnahmen, welche gegen die Herabsetzung der Löhne ergriffen werden sollen. Es ist eine Erklärung angenommen worden, in der gesagt wird, daß der Verband gegen die Versuche von Unternehmern und Staat die Löhne herabzusetzen, Protest erheben werde.

Der deutsche Gesandte für Polen, Herr von Schön, ist in Warschau eingetroffen. Poincaré's dürfte die Ernennung Radejskis, des gegenwärtigen stellvertretenden Delegationsvorsitzenden bei den Polnisch-Danziger Verhandlungen, zum Gesandten in Berlin bald erfolgen.

In dem Prozeß Oscar Geß gegen Moritz Bederec wurde von beiden Parteien gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt.

Die Getreideausfuhr Rumaniens im Jahre 1921 betrug 745 665 Tonnen gegenüber 26 687 Tonnen im Jahre 1920. — Der Ministerrat beschloß, daß in Zukunft der Staat das ausschließliche Recht der Ausfuhr von Weizen und Roggen haben soll. Die Ausfuhr der übrigen Getreidearten wird freigegeben unter der Bedingung, daß jeder Exporteur dem Staat die gleiche Menge, die er ausführt, zum Höchstpreis zur Verfügung stellt. Die Ausfuhrzölle auf Getreide werden aufgehoben.

Die Hungertatastrophe in Rußland

An die deutschen Arbeiter und Angestellten!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin abgehaltenen Konferenz zur Lage des durch Hunger und Seuchen aller Art in schlimmstem Maße heimgesuchten russischen und georgischen Volkes Stellung genommen. Er beschloß, einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftliche Landeszentrale aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten.

In Gemäßheit dieses bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangten Beschlusses fordern wir die Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf, unverzüglich mit den Sammlungen zu beginnen.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortsstellen des IWA-Bundes werden ersucht, sofort Sammellisten an die Gewerkschaftsmitglieder herauszugeben. Die Sammlungsergebnisse sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter nachstehender Adresse: Hermann Rabe, Berlin SO 16, Engelauer 24, IV, oder auf Postfachkonto 7930 Postfachamt Berlin eingeleitet werden.

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

**Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
I. H. Leipart
Allgemeiner freier Angestellten-Bund
S. H.**

Die Einheitlichkeit der Hilfsaktion für Rußland ist bedroht!

Nachdem durch den Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission und des Berliner IWA-Bundes vom 7. August die Einheitlichkeit der Rußlandhilfe garantiert war, trat am 12. August das kommunistische Komitee „Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland“ mit einem Aufruf an die „Werttätigen in Stadt und Land“ an die Öffentlichkeit. Der Aufruf hätte auch von Christlich-Sozialen geschrieben werden können. Mit ihm ist die Einheitlichkeit der Berliner Sammlungen durchkreuzt worden. Wir hätten aber zu diesem Aufruf nichts gesagt, wenn nicht tatsächlich von der Gewerkschaftsleitung der V. A. B. D. am 16. August in einer Ankündigung in der „Roten Fahne“ die kommunistischen Gewerkschafts-Fraktionsvorstände und Betriebsräte zusammengerufen wurden, um Sammellisten für die „Rußland-Hilfe“ herauszugeben. Wir wollen nunmehr die folgenden Tatsachen sprechen lassen:

Am 6. August sandten wir folgendes Schreiben an die V. A. B. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg, zu Händen des Herrn Friesland:

„Wir bestätigen hiermit, das heute am 6. August mit dem Genossen Friesland geführte Telefongespräch über die Einleitung von Sammlungen für die Rußlandhilfe. Genosse Friesland erklärte, daß der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei die von der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend herausgegebenen Sammelkarten unterstützen wolle. Auf eine weitere Anfrage des Genossen Friesland, ob die Gewerkschaftskommission auch bereit sei, außer Geldsammlungen noch sonstige Hilfsaktionen in die Wege zu leiten, wie z. B. die Aufnahme von russischen Kindern, erklärte Kollwitz, daß dies zum Teil die Parteien, aber auch die Gewerkschaften ablehnen müßten, da wir uns ja selbst bemühen, deutsche Kinder ins Ausland zu schicken, und es wäre nicht angebracht, in eine fremde Familie noch einen schweren Kranken aufzunehmen. Vorläufig könne es nur bei Geldsammlungen bleiben. Die so gesammelten Gelder werden dem Hilfskomitee für Rußlandhilfe zugeführt.“

Am 8. August erhielten wir folgende Bestätigung:

„Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 6. 8. mit der Bitte um eine Telefongespräch zwischen Ihnen und dem Genossen Friesland, sowie den Empfang der Abschrift eines Schreibens an die Russische Gesandtschaft z. Hd. d. Herrn Jannow. Wir bestätigen noch einmal, daß wir die Sammlungen auf die Sammelkarten der Berliner Gewerkschaftskommission in jeder Weise unterstützen werden, daß wir uns aber für sonstige Hilfsarbeiten freie Hand vorbehalten.“

Der Aufruf der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und des IWA-Bundes wurde erst fertiggestellt, nachdem wir die Gewerkschaften hatten, daß die Kommunistische Partei die von uns eingeleitete Sammlung unterstützen würde. Es mutete uns nur eigenartig an, daß der Aufruf nicht auch am 7. August in der „Roten Fahne“ erschien, worauf wir am 10. August das folgende Schreiben wiederum an den Vorsitzenden Friesland gelangen ließen:

„Wir gestatten uns hiermit die Anfrage, warum unser Aufruf bezüglich der Rußlandhilfe in der „Roten Fahne“ bis jetzt noch nicht erschienen ist, zumal das Einverständnis durch Genossen Friesland bereits am Freitag telefonisch gegeben und nachträglich schriftlich bestätigt wurde.“

Der Aufruf an die „Rote Fahne“ ist mit dem an die beiden anderen Zeitungen zugleich abgegangen.“

Hierauf erhielten wir am 12. August nachstehendes Schreiben:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 10. d. M. erwidern wir:

Unser Einverständnis zu dem Aufruf bezüglich der Rußlandhilfe wurde von uns am Sonnabend telefonisch gegeben. Ich habe dann am Montag mit unserem Pressebureau darüber gesprochen, daß der Passus dieses Aufrufes, nachdem die Gewerkschaftskommission in Verbindung mit den sozialistischen Parteien zu dieser Sammlung aufruft, sich auch auf uns bezieht und um Verbreitung dieses Aufrufes gebeten. Auf Grund Ihres Schreibens habe ich heute noch einmal die Redaktion der „Roten Fahne“ aufgefordert, den Aufruf zu bringen.“

Danach erschien dann der Aufruf der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und des IWA-Bundes an ziemlich veränderter Stelle auch in der „Roten Fahne“. Wir müssen jetzt leider feststellen, daß die Kommunistische Partei Berlin Sammelkarten herausgibt, ohne daß, wie vereinbart, diese von uns bezogen worden sind.

Wir ersuchen deshalb die arbeitende Bevölkerung Berlins, nur die Sammelkarten zu zeichnen, an deren Kopf „Rußlandhilfe“ Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend und IWA-Bund, Ortsstelle Groß-Berlin, steht.

Nach Rücksprache mit dem Vertreter des Auslandskomitees der Kommunistischen Internationale zur Organisation der Arbeiterhilfe für das leidende Rußland, Will Münzenberg, sowie nach dessen Aufruf in der „Roten Fahne“ vom 13. August wird die Zerspaltung der Hilfsaktion durch die Kommunistische Partei gemißbilligt.

Nachdem nunmehr der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) die Sammlung einheitlich in die Hand genommen hat, ist die sichere Gewähr geboten, daß für die Linderung der Leiden des russischen Volkes wirklich etwas geschehen wird. Die Arbeiter und Angestellten sind verpflichtet, jeden Zerspaltungsvorwurf dieser Hilfsaktion, auch den der Kommunistischen Partei, weit von sich zu weisen und nur auf die Lippen der Gewerkschaftskommission und der IWA zu zeichnen.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend,
Kollwitzhaus.

Ein Aufruf sozialistischer Künstler

Einige Künstler mit sozialistischer Weltanschauung erlassen einen Aufruf zur Hilfe für Rußland. Der Aufruf schließt:

Das Rußland der Arbeiter und Bauern blutet aus tausend Wunden. Der Menschlichkeit und Menschheit verpflichtet, können wir in dieser Stunde der proletarischen Hilfe nicht schlamm beiseite schieben. Wir vereinigen unsere Stimme mit all denen, die Rußland helfen wollen und rufen alle Menschen auf, denen wir als Künstler ihre Liebe oder Sehnsucht gestaltet haben, die eingeleiteten Hilfsaktionen in allen Ländern tatkräftig zu unterstützen.

In der Weltliteratur leuchten die Gestirne Dostojewski, Gogol und Tolstoi über den Herzen und Hirnen der ganzen Menschheit. Sie sind aufgestiegen aus heiliger russischer Landschaft. Diese Welt, ihnen verpflichtet, begleiche ihre Schuld, indem sie den russischen Hungergebedeten Brot, Medikamente, Schuhe und Kleidung übergebe.

Eile tut not. Wer schnell gibt, gibt doppelt.
Deutschland: Käthe Kollwitz, Kollitz, Alfons Paquet, Max Barthel, George Grosz.
England: Bernard Shaw.
Amerika: Upton Sinclair.
Frankreich: Henri Barbusse, Anatole France.
Schweiz: Prof. Jorel, Prof. Volkart.
Holland: Henriette Roland-Holl.
Rußland: Maxim Gorki, Schafapin.
Schweden: Lure Nerman.
Dänemark: Andersen Regz.

Das Elend der Kinder

„K. Der Volkskommissar für Bildungswesen Lunatscharski teilt in der „Pravda“ (Nr. 168) die Eindrücke, die er auf der Wolgareise empfangen hat, mit: „In Saratow, am Ufer der Wolga, unter den Booten und wo es sonst möglich ist, hat sich eine neue Bevölkerung eingeschoben, die täglich wächst. Tausende von Kindern befinden sich hier, um die sich niemand kümmert und die nicht ernährt werden. Sie leben von Betteln, Prostitution und Diebstahl. Man kann nur mit Verzweiflung auf diese Kinder blicken, da man sie nirgends beherbergen kann. Fast täglich werden ca. 30 kleine Kinder von den Wohlfahrtsinstitutionen aufgenommen. Die Kinder werden meistens von den Eltern allein zurückgelassen. Wenn so ein Kind in unser staatliches Kinderheim kommt, so erwartet der Tod es hier. Schon früher wurden in unseren Heimen die Kinder nicht genügend ernährt, doch werden jetzt fortwährend die Rationen herabgesetzt und haben schon die hungernde Norm erreicht. . . . Die Sterblichkeit ist in Saratow und Samara enorm. Die Menschen werden von der Straße weggeschafft, um nicht vor den Augen der anderen zugrunde zu gehen. Man sagt, daß Fälle vorgekommen sind, wo die Nordische Bevölkerung (Korwa, ein finnisch-russischer Volksstamm im Wolgagebiet) ihre Kinder in der Wolga ertränkt haben — und das nicht etwa aus Grausamkeit, auch nicht, damit weniger Essen bleiben sollen, sondern weil das Herz das Jammern der hungernden Kinder nicht mehr aushalten kann und das Schauspiel des qualvollen Todes der kleinen Geschöpfe nicht mehr ertragen kann.“

Zum Schluß weist Lunatscharski darauf hin, daß Hilfe nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit Geld geleistet werden kann, denn auf den Märkten kann man immer noch für hohe Preise Lebensmittel erhalten.

Ein russisches Hilfskomitee in Berlin

In Berlin hat sich ein russisches Hilfskomitee gebildet, das alle Schichten und politischen Richtungen der russischen Emigranten in sich vereint. Seine einzige Aufgabe besteht in der Hilfe für die hungernden, sterbenden und kranken Brüder in der Heimat. Die Spenden werden angenommen von: 1. Dr. Joseph Hesse, Kochstraße 22, Ullsteinhaus; 2. Dr. Radisch, Schlüterstraße 29; 3. Ladschinskow-Berlag, Rantstraße 33, und 4. in den Redaktionen der russischen Berliner Blätter „Golos Rossii“ und „Kul“, Markgrafstraße 7a.

Die amerikanisch-russischen Verhandlungen in Riga

Die amerikanisch-russischen Verhandlungen in Riga ziehen sich in die Länge, da der Sowjetvertreter Litwinow plötzlich die Forderung gestellt hat, daß eine gewisse Anzahl von Kommunisten in den von den Amerikanern zu gründenden Hilfsorganisationen vertreten sein müsse. Diese Forderung ist von Direktor Brown, dem Chef der American Relief Administration für Europa, abgelehnt worden; Brown verlangte seinerseits, daß die Sowjetregierung denjenigen Personen, die von den Amerikanern eine Unterstützung erhalten werden, die bisherige Lebensmittelration nicht vorenthalte. Hierauf mußte Litwinow zugeben, daß die Bevölkerung in den Hungergebieten von den Sowjetbehörden überhaupt keine Versorgung zugestellt erhalten. Infolgedessen lehnte sich Brown zur Klärung dieser Frage mit Hoover in Verbindung.

Die politischen Gefangenen des Gefängnisses in Mohilew, meistens Sozialrevolutionäre, Menschewiken oder Anarchisten, haben aus ihren eigenen Mitteln 130 000 Rubel für die hungernde Bevölkerung des Wolgagebietes gespart.

Nach einer Meldung des „Ruhpreß“ hat der Rat der Volkskommissare die Aufhebung der Naturalsteuer in dem Gebiet der deutschen Wolgastromen angeordnet. Die Exekutivkomitees der Sowjets von Saratow, Samara und Jelatsinow sind von der Zentralregierung beauftragt, für die Ausführung dieser Anordnung Sorge zu tragen.

Die alliierten Delegierten zum internationalen Hilfskomitee für Rußland sind für England: Lord Creame, der Präsident des Ueberssee-Handelsamtes, Wardrup, der ehemalige britische Konsul in Moskau und Sir John Hewitt, der in Britisch-Indien während der dortigen Hungersnot als Organisator tätig war. Für Frankreich: der frühere französische Konsul in St. Petersburg Rouleus, der frühere Präsident der französischen Handelskommission in Moskau Girard und der Vorsitzende der französischen Roten Kreuzorganisationen, General Van.

Gewerkschaften und Wiederaufbau

Die Frage der Sachleistungen zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen rückt der Entscheidung näher. Wenn auch die Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem französischen Wiederaufbauministerium noch nicht über das Stadium der Vorberatungen hinausgediehen sind, so ist doch entschieden, daß auch Frankreich die teilweise Umwandlung der Goldleistungen in Sachleistungen für unentbehrlich hält. Zur Durchführung und Sicherung dieser Sachleistungen ist die Bildung zweckentsprechender Organisationen der beteiligten Interessenten notwendig. In einer Verordnung der Reichsregierung ist die Bildung entsprechender Leistungsverbände vorgesehen. Ohne die tätige organisatorische Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften wäre die Durchführung der Sachleistungen unmöglich. Die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften unterbreiteten daher dem Reichsminister für den Wiederaufbau am 9. August das folgende Schreiben:

9. August 1921.

Betrifft: Mitwirkung der Gewerkschaften in den Organisationen für den Wiederaufbau.

Nachdem am 14. Juli die Verordnung über die Sachleistungen für den Wiederaufbau genehmigt worden ist, ersuchen die unterzeichneten Spitzenverbände den Herrn Reichsminister für den Wiederaufbau, schnellstens die Frage zu regeln, in welcher Weise die Gewerkschaften, als die berechtigten Interessensvertretungen der deutschen Arbeiter, am zweckmäßigsten und mit entscheidendem Einfluß in die zur Durchführung der Sachleistungen zu bildenden Organisationen einzugliedern sind.

Die Leistungen für den Wiederaufbau sind nicht privatwirtschaftliche, sondern öffentliche Arbeiten, die aus den Mitteln des Reiches unter schwerster Belastung der Steuerzahler getragen werden müssen. Die Begrenzung des Unternehmergewinns bei diesen Arbeiten auf ein unerlässliches Höchstmaß muß im Interesse des Reiches gewährleistet werden. Ohne eine weitgehende Kontrolle besteht die Gefahr, daß auch aus diesen Sachleistungen einigen Unternehmern zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft undurchsichtig hohe Gewinne zuziehn.

An den
Herrn Reichsminister für den Wiederaufbau,
Berlin W.

Die zu vergebenden Aufträge sind aber zugleich auch Notstandsarbeiten im Sinne der jüngsten Beschlüsse des deutschen Reichstages. Sie können zur Behebung der Misere der Arbeitslosigkeit aber nur dann dienen, wenn sie weitmöglichst den besonders notleidenden Bezirken zugeleitet werden und wenn Vorkehrungen getroffen werden, die zur vermehrten Einstellung von Arbeitslosen führen, unter Beachtung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen hinsichtlich der Unterbringung der Erwerbslosen.

Zur Durchführung der Wiederaufbauverpflichtung ist die organisatorische Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften unerlässlich. Nur dadurch können dem Ausland gegenüber die notwendigen Garantien geboten werden für eine prompte und reibungslose Erledigung der für den Wiederaufbau angeforderten Lieferungen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen verlangen deshalb:

1. Entscheidende Mitwirkung bei der Auftragsvergabe, insbesondere um die bevorzugte Berücksichtigung der Bezirke und der Industrien durchzuführen, die am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.
2. Durchführung der für die Unterbringung von Erwerbslosen aufgestellten Grundzüge hinsichtlich Einstellung, Arbeitsfreudigkeit, Schichtwechsel, usw.
3. Sicherungen, daß bei der Ausführung der Aufträge die für die betreffenden Industrien tarifvertraglich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkannt und durchgeführt werden.
4. Mitkontrolle der Preise für alle aus dem Wiederaufbau stehenden Sach- und Dienstleistungen, um die Begrenzung des Unternehmergewinns auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu sichern und um die Aneignung eines des Reich belastenden undurchsichtig hohen Profits zu verhindern.
5. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es notwendig, daß die Arbeiter- und Angestelltenverbände in die regionalen und sachlichen Leistungsverbände und Landesauftragsstellen mit maßgebendem Einfluß eingegliedert werden, um ihnen auch ein gleiches Einfluß in der zu bildenden Spitzenorganisation der Leistungsverbände eingeräumt werden muß.

Wir ersuchen den Herrn Reichsminister für Wiederaufbau, die unterzeichneten Spitzenorganisationen baldmöglichst zu Beratungen laden zu lassen, um feststellen zu können, wie die Durchführung unseres oben dargelegten Verlangens zweckentsprechend erfolgen kann.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

I. H. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Klingen.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

P. Bräuning.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten-

und Beamtenverbände.

F. Neufeldt.

Kommunistische Niederlage. In der Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der auf den Hamburger Seeschiffwerften beschäftigten und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurde Stellung genommen zu der Wahl der Delegierten zur bevorstehenden Werftarbeiterkonferenz. Nach lebhafter Aussprache, in der die Vertreter beider Richtungen zu Wort kamen, wurden sechs Vertreter der Amsterdamer Richtung gewählt, während die Anhänger Moskaus in der Minderheit blieben.

Französische Ueberbinnungen. Die französischen Delegierten in der Wahl sind angewiesen, bei öffentlichen Anlässen der Turn-, Ruder- und sonstigen Sportvereine oder bei deren Vereinsfestlichkeiten keine Musik mehr spielen oder Trommeln führen zu lassen, weil dadurch die Veranstaltungen einen „militärischen Charakter“ bekämen.

Das Hanseatische Oberlandesgericht. Die Senate der drei freien Hansestädte haben auf Grund der von ihnen gemeinschaftlich vorgenommenen Wahl den Senatspräsidenten Rudolph Albert Nag Mittelstein auf den 1. Oktober 1921 zum Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts und auf Grund der vom Senat von Hamburg vorgenommenen Wahl den Landgerichtsdirektor Otto Eduard Cohen auf den gleichen Tag zum Senatspräsidenten am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt.

Die deutsche Einwanderung in Argentinien. Nach einem Bericht des „Argentinischen Wochenblattes“ sind von Mai 1920 bis April 1921 6842 oder im Monat durchschnittlich 570 Deutsche nach Argentinien eingewandert. Die Höchstzahl hat der November 1920 mit 1023 erreicht.

5 1/2 Millionen Arbeitslose in Amerika. „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, daß nach Angabe des Arbeitssekretärs die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 5 725 000 beträgt.

Puddingpulver

Haushalt-Pudd. Pak. 85 Pl.
Dessertspeise Paket 90 Pl.
Rote Grütze Paket 1 00
Mandel-Rosinen-Pudding Paket 1 80
Schokoladenspeise 2 25

Obst

Kodbirnen Pfund 85 Pl.
Tafelbirnen Pfund 1 80
Essäpfel Pfund 1 80
Gr. Strudeläpfel Pfund 2 50
Tomaten Pfund 2 40

Wurstwaren

Rotwurst a. Thür. Art. Pfd. 11 00
Landleberwurst Pfd. 11 00
Grobe Meiwurst Pfd. 16 50
Schinkenspeck Pfd. 18 00
Rindfleisch in eign. Sell 6 00

Wild - Geflügel

Wildgroul Pfund 7 00
Rehblätter Pfund 12 00
Rehkeulen Pfund 17 50
Suppen-Hühner Pfund 13 50
Junge Hühner Pfund 14 50

Fleisch

Gehacktes Rindfleisch 9 00
Schmorfleisch 10 50
Rinderkamm 7 00
Frisch. Kalbskamm 10 00
Frisch. Kalbskeulen 11 50
Schweinebauch 15 00
Schweinerücken 15 00

Himbeer- u. Kirschsafft 9 00
Portorico-Tabak 19 50

Gemüse

Neue Kartoffeln Pfund 65 Pl.
Wirsingkohl Pfund 50 Pl.
Kohlrabi Pfund 85 Pl.
Einlegegurken Pfund 1 15
Senfgurken Pfund 1 30

Fische, Räucherw.

Lebende Schleie Pfund 14 50
Frischer Seelachs Pfund 2 80
Fr. Goldbars Pfund 2 80
Lachsheringe Stck. 1 10
Aale geräuchert Bund 4 75

Kolonialwaren

Roggenmehl Pfund 3 00
Weizenmehl Pfund 4 20
Grüne Erbsen Pfund 2 75
Viktoria-Erbsen Pfund 2 80
Gebr. Kaffee Pfund 20 00

Käse - Fette

Tilsiter Käse Pfund 7 50
Quadral-Käse Pfund 12 00
Bratfett Pfund 12 00
Margarine Pfund 9 80
Marmelade Pfund 4 50

Kaninchen 4 00
Rindertalg 10 00

Portorico-Tabak 19 50

Salzheringe 25

Bücklinge 6 60

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Sommerdirektion
7 1/2 Uhr: Der Opernball
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potash u. Perimutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mauschecken kriegt
Großes Schauspielhaus
Kathke
7 Uhr: Die Weber
(3. Abteilung, 6. Abend)
Theater l. d. Königsgräber Str.:
7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Notruf
Drama v. Herrn. Sudermann
Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:

Komische Oper
Gespielt: Alfred Döblin
7 1/2 Uhr: Der Adèle Bauer
Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Erzelenz Mage
Sonntag 3 1/2 Uhr: Mitternacht
7 1/2 Apollotheater 7 1/2
Friedrichstraße 218
Internat. Musik-Programm
1. Opium-Träume u. d. Eine Hörensagende mit 24 Damen
Sowie 10 Senfaktionen
Theater a. Kolbus Tor
Kollbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
Neues
Angst-Programm!
Sonntag 11-1 1/2, und 4-6 Uhr.

Milliarden
SOUPÉ
Komödienhaus:
Wiederlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel

Berliner Prater
Kasseler-Platz 7-9
Internationale
Ringkampf - Konkurrenz
Variété
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison - Eröffnungs-
Programm.

Theater am Kolonnenplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Albert Waffernann in
Traumulus
Trionon-Theater
8 Uhr: Die große Leidenschaft
Kleines Theater
8 Uhr: Hans Krustadt in
Der Dieb (Le voleur)

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der u. 18.-25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung:
500 Mark
Anmeldungen sind umgehend (soweit auch schriftlich) gegen
Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die
Geschäftsstelle des V.R.V., Neukölln, Münchener Str. 53
zu richten.

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der u. 18.-25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung:
500 Mark
Anmeldungen sind umgehend (soweit auch schriftlich) gegen
Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die
Geschäftsstelle des V.R.V., Neukölln, Münchener Str. 53
zu richten.

Spezial-Behandlung
für alle
Geschlechtskrankheiten
bei Mann u. Frauen schnell, schmerzlos, u. mögl. ohne Berieselung
Hollensdorf C. Weissert, Brunnenstraße 191
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12. Untersuchung kostenlos

Voranzeige!
Im unterzeichneten Verlage erscheint in den nächsten Tagen
Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande
Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche
Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter
Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages
Von Rudolf Weck
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis ca. 8.- Mark
Organisationen Preisermäßigung. Vorbestellungen richte man sofort an die
Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin C2
Abt. Buchhandlung
Breite Straße 8-9

Wanzen weg, deren Brut
verlängert nur Kammerflügel Berg's Nicoball
Erfolg verblüffend. Rindl. angum. Dankschreiben u. überf.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Schädlich in allen Drogen- und Spotheken und bei sämtl.
lichen Warenhäusern u. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann A. Groedel, Berlin, Königsgräber Str. 49

Anzüge, Paletots, Ulster aus la Maßstoffen, elegant
prima Rohhaar - Verarbeitung, selbst gefertigt.
von 400 M. an Herren-Anzüge, teils auf
Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M.
Reh- und Sportpolze fabelhaft billig!
Fahrleid-Vergütung - Keine Lombardware

Der moderne Metallarbeiter
Herausgeber: J. Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer von Otto Schwenn. Sechste verbesserte und erweiterte Aufl. 408 Seiten, 160 Abbildungen, 87 Tabellen, M. 25.-

Die Kalkulation im Maschinenbau
und moderne Arbeitsmethoden
von Otto Schwenn. Zweite verbesserte u. erweiterte Auflage. 304 Seiten, 170 Abbildungen, 22 Tabellen. M. 25.-

Die Fräzerei
Lehr- und Nachschlagebuch für das ganze Gebiet der Fräzerei von Otto Schwenn.
288 Seiten, 144 Abbildungen, 33 Tabellen.
M. 20.-
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Straße 8-9

Militär - Schnürschuhe Paar M. 35
Schaftstiefel Paar M. 50
Herren-Ulster neue 100 M.
ferner große Posten verschiedener Geschl. u. Lederwaren, Sockenleder zu außerordentlich billigen Preisen.
Friedenauer Str. 11
Frankfurter Allee 317
Reinickendorfer Str. 37.
Frasseburger Str. 28
C. Kankelstr. 2, 1. Stock
C. Kankelstr. 2, 1. Stock
C. Kankelstr. 2, 1. Stock
C. Kankelstr. 2, 1. Stock

Wo gibst du die billigsten Seifen
bei Seifenschnädel, Pücklerstraße 44.
Branchenkundige Verkäuferinnen
für
Damenwäsche
Damenkonfektion
Strumpfwaren
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Str. 113

Unreines Blut!
Zur Ausscheidung aller scharfen u. kranken Stoffe aus Blut u. Säften, gegen Blutverdickung, Blutzug, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein **Blutreinigungspulv. Soltarin**, seit 30 Jahren wirksam erprobt. Schachtel 4.-, Uebl. 15ch. 11.50, Otto Reichel Berlin 46 SO, Eisenbahnstraße 4

Homöopath.
Ank. 1905. Erfolgreiche
Heilung für ohne Ein-
sprüche. Sprech-
10-1, 4-7. Sonn. 10-1.
Artes Georgenkirch-
platz 21, am
Alexanderpl. Dienstag u.
Donn. Gottesdienst, 10.
Oberstr. 41. Festtags
keine Sprech. (Zelnd.)
Kasseler u. Dresdener
1.-Mk. Vort.

Gold - Silber - Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldsteine
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer
Linienstraße 63

Danksagung.
Allen Freunden, Bekannten, Verwandten, Arbeitskollegen und den Mitgliedern des Sparvereins „Nordsee“ für die rege Teilnahme bei der Einweihung meines lieben Mannes, Sohnes, des Bauarbeiters
Max Rudolph
Gedächtnisrede 19
sowie dem Redner, Herrn Koch, unfern herzlichsten Dank.
Frau Emma Rudolph.
Sein Vater Emil Rudolph.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsbüro Berlin.
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:
Der Former
Karl Goroncy
Strahlstr. 81, am 12. d. Mts.
Der Werkzeugmacher
Konrad Hoffmann
Wilmersdorf, Wilhelmstr. 20.
Ihre Ihren Ansehen!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
Freitag, d. 19. August 1921, nachm. 4 1/2 Uhr,
in den Germania-Sälen, Chausseestraße 100

Große Versammlung
für alle in der Zigaretten-Industrie Groß-Berlins beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.
Tagesordnung:
Die Lehren des Streiks in der Zigaretten-Industrie Groß-Berlins
Zu dieser Versammlung sind alle in Frage kommenden Organisationen eingeladen.

Vertrauensleute der Maschinen-, Auto- und Motorenwerker.
Die zu heute Abend einberufenen **Vertrauensmänner-Konferenz** findet erst im nächsten Monat statt.
Die Ortsverwaltung.
Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw., Filiale Berlin

Lackierer!
Freitag, den 10. August 1921, abends 7 Uhr,
in „Schulz' Festsaal“, Am Königsgraben 2, Ecke Mühlgraben
Sektions - Versammlung
für alle Branchen (Metallindustrie, Karosseriebetriebe, Innungsbetriebe, Möbel- und Blechlackierer).
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Gewerbetätigkeit für die Arbeiterklasse.
2. Diskussion. — 3. Organisationsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß unsere Kollegen und Kolleginnen zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Sektionsleitung.

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht der Schiedskommission. — 2. Wahl eines Stellvertreters zum Verbandsrat. — 3. Soll die Hauskassierung abgeschafft werden, und welche bessere Beitragskassierung soll eingeführt werden? — 4. Erledigung der zurückgestellten Punkte und Anträge früherer Versammlungen. — 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ermahnen wir ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
Die Ortsverwaltung

Groß-Berlin

Die Landarbeiter zum Gutsarbeiterstreik

Am 12. d. M. fand in Hohenhausen eine Gutsarbeiterversammlung statt. Referent war der Stadtverordnete Genosse Zimmernann, Berlin.

Zur Frage des Berliner Gutsarbeiterstreiks legte er dar, daß am 6. Juni sich der Gemeindefacharbeiterverband an unsere Fraktion mit dem Ersuchen gewandt hätte, geeignete Schritte in der Gutsarbeiterangelegenheit zu unternehmen. Wir traten mit dem Rechtssozialisten Klüntner, Diemar, Vertretern des Gemeindefacharbeiterverbandes und den Bezirksräten zwecks gemeinsamen Vorgehens zusammen. Es wurde vereinbart, 10 Prozent auf den Gesamtlohn und das Mitbestimmungsrecht der anderen hauptberuflichen Arbeiter zu fordern.

Leider waren wir gezwungen, diesen Antrag als Fraktion allein zu stellen, weil die Fraktion der Rechtssozialisten diesem Antrage ihre Zustimmung verweigerte. Die bürgerlichen Parteien erhoben gegen die Dringlichkeit Einspruch, es konnte in der vorgesehenen Sitzung nicht verhandelt werden.

Erst acht Tage später kam unser Antrag zur Verhandlung. Hierbei wurde klar von unserer Fraktion die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Es wurde beschlossen, einen Ausschuss einzusetzen; dieser tagte am folgenden Sonnabend. Das Verhalten des Rechtssozialisten Borchardt in dieser Sitzung ist ja bekannt.

Nachdem somit durch die Obstruktion und die Haltung der bürgerlichen Parteien die Angelegenheit verschleppt wurde, drohten die anderen städtischen Arbeiter mit dem allgemeinen Streik. Die Gewerkschaftskommission vermittelte und lud alle drei Parteien zu einer Aussprache. Hier wurde vereinbart, unserem Antrage gemäß für 10 Prozent Lohnsteigerung und das Mitbestimmungsrecht einzutreten.

Unserer Initiative ist es zuzuschreiben, daß erstmalig einstimmig in der Deputation beschlossen wurde, 15 Prozent den Gutsarbeitern anzubieten. Auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten dafür, während sie sich jetzt so schäbig der Lohnsteigerung gegenüber verhalten.

Dann wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Hier kamen keinerlei Lohnsteigerungen zustande. Wir hatten keinen Einfluß auf den Schlichtungsausschuss. Als der Schiedsspruch bekannt war, haben wir wiederum noch vor dem Streik Stellung genommen und in der Tarifdeputation den Antrag gestellt, trotz des vorliegenden Schiedspruches erneut mit den Gutsarbeitern zwecks Lohnsteigerung zu verhandeln. Dieses wurde auch dort mit Mehrheit beschlossen. Genosse Dr. Wehl und Vertreter der Parteien lösten dem Oberbürgermeister von der Vereinbarung Kenntnis geben und mitteilen, daß die Magistratsmitglieder verpflichtet sind, dafür zu stimmen. Trotzdem haben wir gesehen, daß bei den nachfolgenden Verhandlungen nur 7 1/2 Prozent gewährt wurden, somit diese Vereinbarung nicht eingehalten wurde. Wir sind nur mit acht Mitgliedern im Magistrat vertreten. Auch bilden wir in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit. Es muß unsere Aufgabe sein, diese Mehrheit zu erzielen.

Unsere Anträge haben wir aufrechterhalten. Die Bürgerlichen haben die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig gemacht. Hieraus sehe man, wie planmäßig wir von Beginn der Bewegung für die Interessen der Gutsarbeiter eingetreten sind. In dem Zusammenwirken der Arbeiter und unserer Fraktion liegt die Macht, die uns unserem Ziele zuführen wird.

In der Diskussion traten mehrere Kommunisten dem Redner entgegen. Auch der Stadtverordnete Schmidt (Kommunist) erhob mehrere Angriffe. So z. B., daß unsere Fraktion nicht für den Antrag der Kommunisten gestimmt habe. Auch sollen sich die Stadtverordneten der U. S. V. vor der Abstimmung gedrückt haben. Dem Referenten war es ein leichtes, diesen Angriffen zu begegnen. Er wies darauf hin, daß Abmachungen von seiner Fraktion immer gehalten werden. Das haben die Kommunisten nicht getan. So bei den Abmachungen der drei Fraktionen, wo alle festgelegt waren im Interesse eines Erfolges. Es ist sehr leicht, Anträge zu stellen, die reinen agitatorischen Wert haben, da auch die Kommunisten offen zugeben, daß sie nicht durchführbar sind und somit niemanden fattmachen.

Auch wäre es sehr ungeschickt von Schmidt, zu behaupten, daß sich Stadtverordnete der U. S. V. vor der Abstimmung gedrückt hätten. Die U. S. V.-Fraktion war proportional am stärksten vertreten, niemand habe sich gedrückt. Er richtete die Frage an Schmidt, ob er denn überhaupt an der Abstimmung teilgenommen habe; keines Wissens hätten acht Kommunisten gefehlt von 23, auch Schmidt, man könne also mit Recht ihm diesen Vorwurf

machen. Diese Tatsache löste eine große Erregung auch unter den anwesenden Kommunisten aus, und allgemein kam zum Ausdruck, daß die kommunistische Fraktion wahrlich nicht die Interessen der Gutsarbeiter wahrgenommen habe.

Der bürgerliche Bloß in der zentralen Schuldeputation

Der Schulkampf hat wieder einmal energiegeladere Formen angenommen. Das Bürgertum, unterstützt durch sein Provinzialschulkollegium, tritt immer ungenierter auf. Das Rundschreiben des Oberstadtschulrats Paulsen zur kollegialen Schulleitung war bereits seit Wochen auf die Tagesordnung der zentralen Schuldeputation gesetzt, und zwar auf ausdrückliches Verlangen des deutschen nationalen Rektors Troß. Man wollte durch die zentrale Schuldeputation das Vorgehen Paulsens mißbilligen lassen. Inzwischen war aber das Provinzialschulkollegium bereits von der Reaktion mobil gemacht worden und war von Paulsen abgerückt. Die Regierung in Potsdam, deren reaktionärer Charakter bereits sprichwörtlich ist, war sogar einen Schritt weiter gegangen und

Gewerbegerichtswahl!

Zu der am Sonntag, den 21. August, von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Gewerbegerichtswahl für die Arbeitnehmerberechtigte eine Wahlberechtigung haben muß. Diese Wahlberechtigung ist mit dem Firmenstempel und der Unterschrift des Arbeitgebers, (die Unterschrift kann auch durch Faksimile-Stempel gegeben werden) oder durch Stempel und Unterschrift der Polizeibehörde zu versehen.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß die Listen der Kandidaten sowie der zuständigen Wahllokale seitens des Magistrats an den Listfabrikanten veröffentlicht sind. Ehrensache der organisierten Arbeiterschaft ist es, der

„Liste der freien Gewerkschaften“

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebend (Ortsauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin,

zum vollständigen Siege zu verhelfen. Die Listen des Nationalen Gewerkschaftskartells, des Bankbeamten-Verbandes und der Gewerksvereine dürfen keine Stimme erhalten.

Alles wählt die

„Liste der freien Gewerkschaften“

Asa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

hatte den Lehrerkollegien verboten, zu dem Rundschreiben Stellung zu nehmen. So hatte der reaktionäre Bürgerbloß mehr erreicht als er erhofft hatte.

Ausgerechnet Herr Metten, der „Demokrat“ und Mitglied des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins ist, zu dessen programmatischen Forderungen die kollegiale Schulleitung gehört, stellte mit dem ihm eigenen Pathos den Antrag, die Erörterung der kollegialen Schulleitung von der Tagesordnung abzusehen, da das eine innere Angelegenheit der Schule sei, mit der die zentrale Schuldeputation sich nicht zu befassen habe. Die sozialistischen Mitglieder wehrten einmütig und energisch diesen Vorstoß ab.

Darauf verließ der Bürgerbloß unter Führung des freitreibbaren Demokraten, der es immer noch nicht verwinden kann, daß sein Parteifreund nicht Deputierter für das Berufsschulwesen geworden ist, die Deputation. Der Oberstadts-

schulrat konnte noch die interessante Mitteilung machen, daß das Provinzialschulkollegium zwar versichere, der kollegialen Schulleitung, an der nur Lehrer beteiligt sind, seine Zustimmung nicht durchaus verweigern zu wollen, daß es aber jeden Versuch, den Eltern einen Einfluß auf die Schulleitung zu geben — und wäre er auch noch so bescheiden — grundsätzlich ablehne.

Unsere Elternbeiräte mögen auch hieraus wieder entnehmen, daß sie nichts von der Regierung, sondern alles nur von ihrer eigenen Tatkraft und der Geschlossenheit ihres Willens zu erwarten haben.

Der Steuerabzug für Hausangestellte

Für die Monate August, September und Oktober sind für Berliner Hausangestellte keine Steuermarken zu kleben, sofern für die vorhergehenden Monate Steuermarken geklebt worden sind. Für die Monate November, Dezember d. J. sind dann die gewöhnlich zugelassenen Steuerabzüge zulässig. Vom 1. Januar d. J. sind dann wieder die vollen Steuermarken zu verwenden.

Die Wohnungsbaracken in Adlershof

Das Bezirksamt 15 teilt mit: Der Aufbau der Verwaltung in Folge des Inkrafttretens des Gesetzes über die Bildung der Stadtgemeinde Berlin hat sich nicht so schnell durchführen lassen, als das Bezirksamt Treptow dies im Interesse der Bewohner der Wohnbaracken in Adlershof gewünscht hätte. Erst im Juli war es möglich, die zur Verteilung der Lage erforderlichen Unterlagen zu erhalten. Bisher hatte die zuständige Deputation schon durch Verhandlungen und Besichtigungen die Schäden festgestellt, deren Beseitigung dringlich erschien. Es stellte sich dabei heraus, daß die Ausbesserungen außerordentlich hohe Kosten verursachen würden. Für 1921 waren hierfür 100 000 Mark vorgesehen, notwendig waren aber etwa 350 000 Mark. Die zuständige Deputation hat daraufhin beschlossen, den Magistrat um Nachbewilligung dieses Betrages zu ersuchen. Die Bezirksverwaltung wird sich sofort mit diesem Antrage beschäftigen. Ein anderer Weg ist nicht möglich, weil die Gemeindebehörden von Berlin allein bereit sind, derartige Mittel zu bewilligen. Die dringenden Reparaturen sind schon in Angriff genommen, und mit der Entwanzung ist begonnen worden. Die Mietzahlungen, die von einem Teil der Bewohner verweigert worden sind, hängen mit diesen Dingen nicht zusammen.

Vorkaufs keine Hausangestelltensteuer. Der Stadtverordnete Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Abänderung der Hausangestellten-Steuerordnung nach den vom Oberpräsidenten verlangten Bestimmungen hat, wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der vom Oberpräsidenten verlangten Änderungen vorzuschlagen. Danach ist die ganze Steuerordnung für das Halten von Hausangestellten in Berlin einstweilen gefallen. Wir werden die Gründe und die Bedeutung dieses Beschlusses in unserer heutigen Abendausgabe würdigen.

Der Magistrat Berlin hat einem Antrage der sozialistischen Parteien, 100 000 M. für die Rotkrebenden in Rußland zu bewilligen, einstimmig zugestimmt.

Großfeuer am Mittwoch mittig in Roabitz gegenüber dem Kleinen Tiergarten, Nr. 104, aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als die 4. Kompanie mit mehreren Löscharbeiten an der Brandstelle ankam, standen der Dachstuhl des Quergebäudes mit dem angrenzenden Dachstuhl des Seitengebäudes, die bewohnt sind, in hellen Flammen.

Das nächste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Donnerstag, den 18. August 1921, in der Bräuerlei Königsplatz, Schönhauser Allee 10-11, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Vom Genossen Alfred Freund in Neukölln wird uns zu der in Nr. 276 der „Freiheit“ veröffentlichten Notiz folgendes mitgeteilt: In einer von dem Zahnärztlichen Bärwald (Neukölln) einberufenen Zahnärzterversammlung haben einige frühere Mitglieder der U. S. P. D. (Ortsverein Neukölln) Angriffe rein persönlicher Natur gegen mich gerichtet. Wegen der darin enthaltenen verleumderischen Behauptungen hat Genosse Dr. Weinberg bereits Klage erhoben. Ich selbst habe aber, sobald es es mir möglich war, am Montag, den 15. d. M., früh, bei der zuständigen Parteiführung den Antrag gestellt, eine Unternehmung gegen mich einzuleiten. Diesem Antrage ist inzwischen entsprochen worden.

Gewerbegerichtswahl XI. Bezirk Schöneberg. Die Mitglieder der Gewerkschaftskommission sowie alle Wahlberechtigte treffen sich am Donnerstag, den 18. August, abends 1/8 Uhr zur Einteilung der Wahllokale bei Grund, Reiningen Str. 8. — Gewerkschaftskommission Schöneberg.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(Nachdruck verboten)

„Schluß mit deine Bosse!“ schrie die erlärnte Mutter. Du brauchst'n nit zu rufe. Daher hot er sich zu seh nebe's Gretche, uff's Kanapee gehört er; er is e Felsenbrunner, un er kriecht de Hof! Prost!“ rief sie und fährte das Glas zum Mund, stellte es weg und fing mit selbst großhender Stimme an zu singen:

Das Kanapee ist mein Vergnügen,
Worauf es mir so g-u-u-u-te tut“.

Und mit neckisch moderndem Ton, indem sie Peter angrinste:
Adrienne, Adrienne
Seh dich zu mir auf das Kanapee, juchel!
Bee, juchel! Ich lieb dich sehr,
Adrienne Lecouvreur.“

Sie konnte kein Ende finden mit Gelächter und Gewieher und Getreische. Peter stand erschreckt und angewidert auf. Wollte sie dann, wollte sie dann wirklich? — Neen! Pöber zu mir! Seh dich zu mir auf das Kana-Pee, juchel! Ich lieb dich sehr — Adrienne Lecouvreur.“ sang die Alte in ihrer Ede und lachte unaufhörlich, weil ihr Gretchen in verhaltenen Mut mit den Knöcheln auf die Stirn stieß.

Gretchen ging mit Peter hinaus. Im dunklen Flur sagte sie abgerissen: „Es ist schrecklich, nicht zum Aushalten! Und sei nur nicht böse wegen Heinrich — ich kann wahrhaftig nichts dafür! Ich mag ihn nicht, Peter, ganz gewiß; aber er kommt halt immer, und du, du läst mich zappeln, und ich hab' dich doch so gern! Und du gehst auch zu den Thomanns, du schwächst mit Eugenie, genau wie Heinrich mit Mila, ich kann das nit sehn!“

Da hing sie auch schon an seinem Halse und weinte, daß ihm die heißen Tropfen in den Hemdtragen rannen. Ihre Lippen fuhrn über seine Wangen und saugten sich an seine Lippen so fest, daß er sie fast erschrocken von sich schob.

„Gretchen! Steh' doch nicht da herum! Was tußt du denn draußen?“ rief Rätchen böse zur Türspalte heraus. „Hilf mir doch!“ — die Mutter!

Durch die geöffnete Tür hört man die Alte fallend gröhlen:
„Die Seele schwinget sich
Wohl in die Höh, juchel!
Doch der Balg
Bleibt auf dem Kanapee!“

An einem der ersten September-Sonntage war ein Ausflug auf den Heidenstein und nach dem Andreaskreuz geplant. Es flogen schon seit ein paar Tagen Brieflein zwischen der Stadt, dem Thomannschen Landhaus und dem Felsenbrunner Hof hin und her. Helene, die den ganzen Sommer über stets in wechselnder Laune gewesen, bald übermütig und ausgelassen und bald mürrisch, jänkisch und kopfhängerisch, war sehr aufgeregt durch das Projekt, an dem auch der Vater, Heinrich und Alwine teilzunehmen wollten. Selbst die sonst so trockene und gleichmäßige Alwine war aus dem Gleichgewicht gebracht und schrieb Briefchen und erwartete ungeduldig den Sonntag.

Es wurde ein schwüler Morgen, ungewöhnlich drückend für einen Herbsttag.

Am Himmel zogen über den Bergen schwere, schwarzgraue Wolken auf, die sich übereinander türmten. Die beiden Schwestern standen unruhig an den Fenstern oder traten aus dem Haus, die drohenden Wolken zu betrachten, die ein Gewitter verhießen. Seit langer Zeit sprachen sie wieder wie früher, ohne Geschäftigkeit, ja mit einem gewissen Einverständnis miteinander.

Sie hatten schon am frühen Morgen, wie Peter gesehen, auf ihren Betten ihre leichten Musselinkleider ausgebreitet, die großen weißen Hüte dazu gelegt, und schauten nun bang nach dem Himmel, der sich immer mehr verfinsterte.

Eine schwere Müdigkeit lag Peter in allen Gliedern; die Folge einer schlaflosen Nacht, in der er, halb fiebernd, von Abschiedsweh und Sehnsucht nach Gretchen gepeinigt wurde. Er schliefte sich unlustig und abgespant in sein Zimmer, das voll dumpfer Hitze war. Zu müde, um sich eine Erfrischung zu holen, oder einen kühleren Raum aufzusuchen, warf er sich auf sein Bett, umfahnte das Kissen mit beiden Armen und fing zu schludern an wie ein ratloses Kind, schlief dann auch bald wie ein Kind, mitten unter dem Schluchsen, tief und fest ein. Er wachte erst auf, als der letzte Donner im Tal verhallte.

Frische Luft kam in sein Zimmer, draußen rauschte noch der Regen; er hörte den Tropfenfall ununterbrochen auf den Blättern der großen Kastanienbäume und auf den Blättern vor dem Hause.

Peter lag auf dem Rücken und atmete mit Freude die kühle Luft und schaute über die Bergkluppe des Heidesessens weg, der heute das Ziel der Wanderung sein sollte.

Er fühlte sich frisch, aller Druck war von ihm gewichen; ja er ertrappte sich auf dem Wunsche, das Wetter möge sich

schnell bessern, damit man gehen könne, denn jetzt wollte er auch gehen; er wollte Gretchen wiedersehen, das er schon zu lange gemieden hatte.

Mittag mußte schon vorbei sein. Man hatte heute des geplanten Ausfluges halber früher gegessen; er hörte durch die geöffneten Fenster des Erdgeschosses, wie der Tisch abgeräumt wurde.

Ich hatte niemand geweckt, aber es suchte ihn in seiner jetzigen Stimmung nicht an. Er lag und sah mit Vergnügen, wie sich die Wolken teilten, wie die Sonne plötzlich vorlam, verschwand und wieder da war. Er hörte, wie der Regen leiser wurde, wie sich das Rauschen verlor, und nur mehr der sanfte Tropfenfall von den Bäumen tickte.

Vor dem Hause lärmten seine Schwestern und rannten, als die Sonne zu scheinen begann, Stieg auf, Stieg ab; er hörte ein rasches Türenzuschlagen und ein eifriges Klauen unter sich; die Treppen knarnten, die Haustür schloß sich; dann wurde es still. Peter lies zum Fenster.

Da gingen sie schon mit dem Vater den schmalen Feldweg, der nach der Straße führte. Ihn hatten sie nicht gefragt, ob er mit wolle, auch gestern, auch die Tage her nicht. Gut, er war das gewohnt; doch er gestand sich gar nicht ein, daß er trotzdem darauf gewartet hatte. Er sah ihnen nach, bis ihre hellen Kleider nur mehr wie kleine Flecken aus dem Grün der Wiesen tauchten. Und da wurden immer mehr helle und dunkle, bunte und leuchtende Flecke, hintereinander, nebeneinander, Flecke, die sich vereinigten und wieder auseinanderstrebten — eine Menge Leute mußten mit dem Zug gekommen sein und den Marsch nach dem Heidesessens angetreten haben; vereinzelt Wagen rollten dazwischen. Er zauderte, er schreute zurück vor all dem Boff, und doch überfiel ihn der heiße Wunsch, auch dabei zu sein; es war so lange, ach schon so lange, daß er Gretchen nicht mehr allein gesehen!

Seit jenem Regenabend, wo sie ihn so heiß und wild geführt; er sah seinen Bruder fast jeden Tag den Weg dahin gehen, so blieb er zurück. Immer wieder sagte er sich ihre Worte vor: „Du läst mich zappeln, und ich, — ich hab' dich so gern! so gern! Du gehst auch zu den Thomanns —“

Wahrhaftig, er hatte doch Eugenie seitdem nie mehr gesehen! Ob Gretchen noch so dachte? Und ob sie wußte und fühlte, daß er mit allen Fasern seines Herzens nach ihr verlangte?

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaftliches

Der Berliner Holzarbeiterstreik

Verhärzung der Lage durch die Willkür der Unternehmer.

Die Berliner Unternehmer der Holzindustrie, und besonders die Scharfmacherische Gruppe um Herrn Paeth, versuchen die Streikursache den Arbeitnehmern in die Schuhe zu schieben. Sie sprechen vor keiner Entstellung zurück, um ihren Standpunkt als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Es ist unklar, daß die Berliner Holzarbeiter „überspannte“ oder „unerhörte“ Forderungen gestellt haben, welche die industriellen Unternehmungen zugrunde richten würden. Die Holzarbeiter wollen nur, daß sie nicht schlechter gestellt werden, als ihre Kollegen im übrigen Reich. Darum haben sie die Forderung erhoben, daß der Reichsmanteltarif, der unter so großen Schwierigkeiten geschaffen wurde, auch in Berlin angenommen wird.

Das lehnten die Berliner Unternehmer unter Führung des Herrn Obermeisters Paeth brüsk ab. Der „Entwurf“, den die Gruppe um Paeth ausgearbeitet hat, zeigt ja denn auch sehr eindeutig, wohin die Reise gehen soll. Man will dort, daß es den Unternehmern vorbehalten bleibt, Überstunden und Akkord zu fordern; man weigert sich, eine Festlegung in der Befristungsfrage (des Lehrlingszünfters) zu treffen usw. Jede noch so geringe soziale Fürsorge, wie sie der Reichsmanteltarif vorsah, fällt unter den Tisch oder wird vollkommen illusorisch gemacht.

Die Unternehmer haben den Streik provoziert. Selten ist so leichtfertig mit den Allgemeininteressen umgesprungen worden, wie hier von Seiten der Unternehmer.

Die Aufforderung zur Arbeitsniederlegung hat dann auch einen vollen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Es zeigt das sehr klar, wie richtig die Arbeiterschaft den Ernst der Stunde erkennt. Bis Mittwochabend waren circa 10 000 im Streik stehende Kollegen gemeldet, die sich auf etwa 680 Betriebe verteilen.

Das einmütige Zusammenstehen der Arbeiterschaft hat zur Folge gehabt, daß ein großer Teil der Unternehmer nachgibt. Bis Mittwoch sind von Unternehmern circa 160 Bewilligungen der Forderungen eingegangen. Weitere Meldungen laufen ständig ein. Für über 3000 Kollegen ist der Streik damit schon beendet. Die freien Weiterbewilligungen der Unternehmer beweisen, daß ein weiterer großer Teil der Holzarbeiter die Arbeit bald wieder aufnehmen kann.

Das haben die Drohzieher um Paeth erkannt und machen darum die derweilsten Anstrengungen, für sich zu retten, was nur möglich ist.

Am 16. August hat der Arbeitgeberverband ein Schreiben an die Ortsverwaltung der Holzarbeiter gerichtet, worin er zum Streikabbruch auffordert, andernfalls wird er

die Stilllegung aller Betriebe der Holzindustrie veranlassen.

Das bedeutet die Aussperrung auf der ganzen Linie. Wenn die Scharfmacherische Clique der Holzindustriellen diese Ankündigung zur Wahrheit macht, dann werden nicht nur die in der Holzindustrie Beschäftigten, dann werden Tausende von Arbeitern anderer Berufe in den Kampf gezogen.

Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, welche Gegenmaßnahmen seitens der Holzarbeiter getroffen sind. Eines steht aber heute schon fest: Die Arbeiterschaft in der Holzindustrie wird von ihren Forderungen nicht abgehen.

Die Scharfmacher der Holzindustrie sind gewarnt. Die Arbeiterschaft der Holzindustrie wird sich durch keine Drohungen einschüchtern lassen, sondern mit altem Nachdruck die Bewilligung der gestellten Forderungen durchsetzen.

Ohne Anerkennung des Reichsmanteltarifs keine Arbeitsaufnahme!

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband teilt mit: Infolge des im Berliner Holzgewerbe ausgebrochenen Streiks ist es notwendig, daß unsere Kollegen betreffend der Frage der Streikarbeit das größte Augenmerk auf diese zu richten haben. Ueberall, wo in den Betrieben Hausdiener und Packer beschäftigt werden und dieselben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt haben, sind deren Arbeiten von Seiten unserer Kollegen nicht zu verrichten. — Die Branchenleitung.

Verbotene Rußlandhiffe

In einer Betriebsversammlung im Siemens-Konzern nahm die Belegschaft unter anderem auch Stellung zu dem Aufruf der Organisationen zur Unterstützung des notleidenden russischen Volkes. Sie faßte einen Beschluß, auf die von den Verbänden herausgegebenen Sammellisten innerhalb des Betriebes zu sammeln. Die Belegschaft hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Firmenleitung hat ein generelles Verbot für diese Rußlandhiffe erlassen. Damit stellt sich der „demokratische Siemens-Konzern“ in eine Reihe mit den Leuten vom Schlage der Schreiber der „Deutschen Tages-Zeitung“, daß „Rußland nur Kanonen helfen können.“

Alle Welt lammt heute für das hungernde russische Proletariat. Kein Mensch, der auch nur ein Fünftel Menschlichkeitsgefühl in sich hat, stellt sich heute. Alle politischen Motive werden angesichts der furchtbaren Katastrophe in Rußland zurückgestellt, und nur ganz wenige Menschen wird es geben, die brutal genug sind, aus politischen oder sonstigen Gesichtspunkten heraus sich an dieser Hilfsaktion nicht zu beteiligen oder gar dagegen anzukämpfen. Zu diesen wenigen brutalen Gemütern gehört entschieden auch der Herr Regierungsbaumeister Peil, der als Vertreter der Generaldirektion der Siemens-Firmen das Ersuchen der Arbeitnehmersvertretung auf Genehmigung der Sammlungen in den Betrieben grundsätzlich abgelehnt hat, mit der Begründung, wie schon oben gesagt, es sei eine politische Demonstration.

Der Haß der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft äußert sich hier wieder einmal in krasser Form. Die sonst geübte Wohlwärtigkeit, welche möglichst in der Öffentlichkeit breitgetreten wird, ist nur Schein und Heuchelei, um das wahre Gesicht dieser Menschen zu verdecken.

Eisenbahner! Arbeiter! Beamte!

Am Freitag, den 19. August, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Große Eisenbahner-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Sowjet-Rußland und das russische Proletariat. Referent: Genosse Mint. 2. Freie Aussprache.

In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es Pflicht im Interesse jedes einzelnen, zu dieser Versammlung die größte Propaganda zu machen und in Massen zu erscheinen, zumal Genosse Mint nach längerem Studium und gemachten Erfahrungen aus Rußland zurückgekehrt ist. — Ausweis als Eisenbahner legitimiert. Verbeauschlagung der U. S. V. D. Eisenbahner Berlin.

Obleute der Großbetriebe des Metallarbeiter-Verbandes

die in der U. S. V. D. organisiert sind, Freitag, den 19. August 1921, nachmittags 5 Uhr, Schulania, Kopenplatz. T. A.: Ad. Holz.

Dasselbst können auch Sammellisten für Metallarbeiter-Verbands-tag, Liste A, abgerechnet werden.

Betriebsversammlung P. P. A. N. 3

In der am 18. August cr. stattgefundenen Betriebsversammlung der Posthelfer und -helferinnen des Postpostamts Nr. 3 wurde nach einem Bericht des Hauptkassierers beim P. P. A. über die bevorstehenden Lohnforderungen folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Entschliessung: Die am Freitag, den 12. d. Mts. stattgefundene Betriebsversammlung der Posthelfer und -helferinnen des P. P. A. Nr. 3 sieht aus der fortschreitenden Not keinen anderen Ausweg als den, daß zum Kampf aufgerufen wird, und die Erfüllung der vom A. D. G. V. selbst aufgestellten 10 Punkte zu fordern. Die durch die Lohnforderungen in Aussicht gestellten Lohnaufbesserungen gehen vollständig in den jetzigen Ernährungsverhältnissen auf, so daß wir unbedingt die sofortige Durchführung der aufgestellten 10 Punkte erwarten.

Angestellte der Metallindustrie. Der Schiedspruch, der am 21. Dezember 1920 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie gefaßt wurde, ist am 10. August 1921 vom Reichsarbeitsministerium nunmehr auch über den 28. Februar 1921 hinaus für allgemein verbindlich erklärt worden. Mit ihm muß also in sämtlichen Betrieben der Groß-Berliner Metallindustrie, auch solchen, die dem Verband Berliner Metallindustriellen nicht angeschlossen sind, die in Frage kommende Zulage ab 1. März d. Js. gezahlt werden. Tarifverträge nebst Ergänzungen zum Preise von 1,50 M. sind im Ortskartell des A. P. Bundes, Belle-Alliance-Str. 7-10, von 10-3 Uhr zu haben.

Der Streik der Angestellten im Maschinen-Steinbohlenbau, der seit dem 13. Juli 1921 andauert, ist auf Grund eines Einigungsantrages des Reichsarbeitsministeriums, wie uns von letzterem mitgeteilt wird, mit Wirkung vom 8. August 1921 abgebrochen worden.

Maler Groß-Berlins. In der in den Rußer-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Strasse, stattfindenden Mitgliederversammlung wird die Lohnfrage behandelt. Eine Gleichstellung mit den Maurer- und Zimmererlöhnen muß unbedingt erreicht werden; deshalb ist zahlreiches Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Zimmerer! Der allgemeine Streik der Zimmerer Groß-Berlins ist seit dem 11. August 1921 beendet. Einige Firmen weigern sich nach wie vor, unsere dort beschäftigt gewesenen Kameraden wieder einzustellen und ist somit über diese Betriebe die Sperre verhängt worden; es sind dies: sämtliche Betriebe der U. S. V. D., der Siemens-Konzern (ebenfalls weigert sich die Bauabteilung, unseren Vertrauensmann in ihre Abteilung wieder aufzunehmen), Tischinger, Baustelle Hadescher Markt, Schwarzkopf, Schering-Strasse, Rabenwerk Oberpre, Porzellanfabrik Teltow, Borfig, Tegel, Gossen, Reinholdsdorf, Roßmann u. Kühnemann, Auer (Doramwerke) Berlin, Aga (Doramwerke) Berlin, Schultzeiß, Pagenhofer.

9. Internationaler Metallarbeiter-Kongress

Stein-Österreich: Der Kongress müsse Wert darauf legen, daß er, nachdem zum erstenmal seit Kriegsausbruch die Engländer und Italiener amwesend seien, die Beschlüsse des Zentralkomitees in der Friedensfrage beschließt. Mit dem System der Friedensverträge haben die kapitalistischen Klassen Europas einen Wiederaufbauplan aufgestellt, der in erster Linie von dem Gedanken der Neuverteilung der Bodenschätze diktiert war und an dem darum die Metallarbeiter besonders interessiert seien. Wenn die amerikanischen und italienischen Kollegen die Bekämpfung der Munitionsindustrie fordern, so müsse der Kongress noch einen Schritt weitergehen und Stellung zu den offenen politischen Fragen nehmen. Als Gewerkschafter und Sozialisten müsse man nicht nur Schutz für die Kollegen anstreben, sondern auch prinzipielle Stellung nehmen. Man sei einig mit der Stellungnahme der Amsterdamer Internationale, aber es müßten von diesem Kongress als demjenigen einer der bedeutendsten internationalen Beauftragungen auch weitere Anregungen an den Bund ausgehen. Der Kongress möge durch die Annahme beider Resolutionen eine einmütige grundsätzliche Keupierung der Proletarier der Metallindustrie geben, die organisatorisch und propagandistisch von höchster Bedeutung sei.

Neon-England spricht sich mit Entschiedenheit für beide Resolutionen aus. Die Herbeiführung des Friedens wäre der größte

Segen für die Menschheit und nichts würde der Arbeiterschaft mehr wirtschaftlichen Nutzen bringen. Darum müsse der Kongress nicht nur den Friedenswillen zum Ausdruck bringen, sondern die ablehnendste Aufrechterhaltung müsse herrschen, um diesen Willen in die Tat umzusetzen. Die Resolutionen dürften nicht angenommen werden, um sie später bald wieder zu vergessen: Kein Tag dürfe vergehen, ohne daß der Gewerkschafter zur Verbeugung der darin ausgedrückten Gedanken innerhalb der Arbeiterschaft wirke. In der Befestigung des Friedens sind die Arbeitermassen aller Länder gleichmäßig interessiert, darum auch sei ein gemeinsames Wirken erforderlich. In den Verhandlungen des Kongresses wurde keine Frage diskutiert, die von ähnlicher Bedeutung war, wie die vorliegende. Wenn auch der Beschluß nicht in wenigen Monaten realisiert werden könne, so müsse doch unverzüglich damit begonnen werden. Eisen und Kohle seien Naturhöhe, die für alle Zeiten notwendig sind, darum müsse man sagen: Auf diese hohen Naturhöhe haben auch die Nachkommen ein Anrecht und darum dürfen sie nicht unnütz vergeudet werden!

Dihmann-Deutschland drückt seine Befriedigung darüber aus, daß dieser Frage mehr und mehr Verständnis entgegengebracht wird, die für die Metallarbeiter, die dazu vorurteilt waren, die Kriegsgüter herzustellen, von besonderer Bedeutung ist. Wenn die Metallarbeiter die innere Kraft und Geschlossenheit gehabt hätten, dann wäre eine Fortführung des Krieges unmöglich geworden. Der in den Resolutionen ausgeprochene Gedanke muß Gemeingut aller, auch der nicht in den Weltkrieg verwickelten Arbeiter werden. Ebenso aber, wie der Krieg eine Methode brutaler Gewalt, so sind auch die Friedensverträge Ausfluß derselben Methode und treffen darum die Arbeiter aller Länder.

Aus dem Weltkrieg sei die Weltkrise entstanden und habe immer breitere Massen gelehrt, daß Militarismus und Kapitalismus untrennbar miteinander verbunden sind. Angesichts der vorliegenden Resolutionen müsse man wohl die Frage aufwerfen, was mit den Arbeitern geschehen solle, die gegenwärtig in der Kriegsindustrie beschäftigt sind. Doch darauf sei zu erklären: Der Krieg bringe nicht Arbeit, sondern er zerstöre wertvolle Kulturarbeit und dieser nützlichen Kulturarbeit müßten nach und nach alle Kräfte zugeführt werden. Der Redner schloß: „Nehmen wir diese Resolutionen an, so sollen es nicht Worte sein, sondern hinter müssen die ganze Kraft und der feste Wille der Metallarbeiter der ganzen Welt stehen.“

Die einstimmige Annahme beider Resolutionen wird von dem ganzen Kongress mit großer Begeisterung aufgenommen.

Inzwischen war auch eine Verständigung mit der englischen Delegation über die Fassung des § 9 erfolgt, und eine Resolution gelangte zur Annahme, wonach sich die englischen Delegierten verpflichten, diesen Artikel ihren Mitgliedern zur Abstimmung vorzulegen und sich mit aller Kraft für dessen Annahme einzusetzen.

Nach kurzer Debatte wurde einem Antrag Merrheim grundsätzlich zugestimmt, die definitive Formulierung jedoch dem Zentralkomitee zugewiesen, wonach jeder Metallarbeiter sich der Organisation des Landes anschließen muß, in der er arbeitet.

Auf Vorschlag des Exekutivkomitees wird einstimmig ein Bundesrat der Schweiz und zum Internationalen Sekretär Genosse Ig wiedergewählt.

In das Exekutivkomitee wählt der Kongress ebenfalls einstimmig Brownlie-England, Dihmann-Deutschland, Merrheim-Frankreich und Hansen-Standinavien.

In seiner Schlussansprache hebt der Vorsitzende Reichel hervor, daß während in Kopenhagen etwa 3 Millionen Metallarbeiter vertreten, der diesjährige Kongress bereits nach sehr vorläufiger Schätzung 3 1/2 Millionen Metallarbeiter repräsentiere. Er sprach den schweizerischen Genossen den Dank der Teilnehmer für die vorzügliche Organisation des Kongresses aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem nächsten Kongress auch Vertreter der amerikanischen Bruderorganisationen persönlich anwesend sein werden. Der Kongress habe außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet und durch sein klares und entschiedenes Bekenntnis zur Amsterdamer Internationale bekräftigt die Eiserne Internationale, daß sie sich als ein Glied in der einen großen Arbeiterfamilie betrachte.

Nach kurzen Dankworten von Brownlie und Davis-England und des Sekretärs Ig geht der Kongress unter dem Gesang der Internationale auseinander.

Parteiveranstaltungen

Schönberg-Friedenau. Die Jugendhilfe findet am 25. September gemeldet mit Stigly hat. Der Unterricht beginnt am 18. August. Meldungen werden nach entgegengenommen. Die Stunde des Unterrichts wird den gemeldeten Eltern kritisch mitgeteilt.

Donnerstag, 18. August

Stigly. Brief 12 Unternehmern der Gewerkschaftsmission. Abends 7 1/2 Uhr im Lokal Beinh, Stigly, Haselstr. 2, Empfangnahme des Briefes sowie Wahlbestätigung.

Bereinsammler

Donnerstag, 18. August

Transportarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14-16, ordentliche Generalversammlung pro 2. Quartal 1921. Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind am Eingang des Saales vorzulegen. Deutscher Werkmeister-Verband. Betriebskollekte. Betriebsleiterkonferenz und Funktionäre der Holzgruppe Metallindustrie. Abhaltung des Tarifvertrags-Vorparlaments abends 7 Uhr Restaurant Schultzeiß, Haselstr. 24-26. Verband der Maler, Putzer, Klebmalter usw. Abends 7 Uhr in den Haselstr. 21, Mitgliederversammlung. Eisenarbeiter-Gewerkschaften. Ortsgruppe Berlin. Abends 6 Uhr Generalversammlung bei Schulz, Haselstr. 2. Wichtige Tagesordnung. Ohne Karten kein Zutritt. Metallarbeiter-Verband. Kabinenindustrie. Abends 6 Uhr bei Schulz, Haselstr. 2, Funktionäreversammlung. Verband Holzgewerkschaft. Abends 7 1/2 Uhr in der Oberrealschule, Niederwallstraße 12, Vortrag des Gen. Dr. med. J. Decker über: Sozialehygienische Maßnahmen.

Verantwortlich: Hr. Peil mit u. Paulsen; Leseliste: Hr. Peil, Berlin-Friedenau für Kommunalpolitik, Gefährtes und Gewerkschaftliches; J. B. Kuhn, h. e. l., Berlin; für den Internationalen und geschäftlichen Mittelstand: Ludwig Kaminer, Charlottenburg. — Druck: Verlagsanstalt „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin, Breite Straße 84.

Niemand ist so klug,



angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihr dauernder Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Welchesge, ende Kulanz in Verbindung mit gediegener Arbeitsleistung und mäßigem Preise ist Ihr Geschäftsprinzip, eine Tatsache, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug angeschätzt werden kann.

Hochachtungsvoll ergebenst
A. H., Kgl. Seminarlehrer.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehtrakt mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 10,50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Double-Aneller, Gläser circa von 8.— M. an. Punktuelle Gläser 10 M. pro Paar, und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornbrille, Schilb-pott und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

C
Spittelmarkt,
Alexanderplatz,
Hofstrasse

S
Kottbuser Damm 10
nahe Warenhaus Conhof

W
Friedrichstr. 193a,
Ecke Ursinger Straße
Leipziger Str. 113,
Ecke Klausstrasse

N
Schönhäuser Allee 81
am Hofstrasse
Friedrichstr. 106,
Ecke Haselstrasse
Jawalldenstr. 104,
Ecke Brunnenstrasse
Jawalldenstr. 117,
am Hofstrasse
Chausseest. 72,
nahe Haselstrasse

o
Frankfurter Allee 14,
nahe Tieg

jedem Ärger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aber jenen täglichen, kleinen, nervös machenden Ärger mit schlecht passenden oder schlecht sitzenden Augengläsern können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Optiker Ruhnke's garantierte Augengläser tragen. Wir garantieren Zufriedenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten, was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr Ruhnke!

Als Ihr langjähriger Kunde (ich wohnte früher in Friedenau) möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Fingerringes und beim Schleifen der möglichst großen Sanostrahlgläser gegeben haben, machen es mir zu

NW
Friedrichstraße 150
Ecke Haselstrasse

SW
Belle-Alliance-Str. 4
nahe Hauptstr.

SO
Oranienstraße 44,
zwischen Haupt- und
Oranienplatz

Spandau:
Breite Straße 18,
nahe Markt

Charlottenburg:
Lauenburgerstraße 15,
Ecke Haselstrasse
Joachimshäuser Str. 2
nahe Haselstr.

Neukölln:
Bergstraße 4,
Ecke Haselstrasse

Friedenau:
Reinholdstraße 18,
Ecke Haselstrasse

Schöneberg:
Hauptstraße 21,
Ecke Haselstrasse

Wilmersdorf:
Deckerstr. 5, 132-33,
nahe Haselstrasse

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

28 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf; Fabriken in Rathenow und Berlin.